



PROTOKOLL

Gemeinde
Ostermundigen

→ genehmigt am 24. Februar 2022

GROSSER GEMEINDERAT

Sitzungs-Nr. 2021/5

Datum/Zeit	Donnerstag, 28. Oktober 2021, 18:00 - 21:30 Uhr	
Ort	TELL-Saal, Bernstrasse 101, 3072 Ostermundigen	
Vorsitz	Tanner Adrian (Grüne)	<u>1</u>
Mitglieder	Aeschbacher Sarah (SP)	
	Balmer Kathrin (SP)	
	Falk Marcel (SP)	
	Kistler Kerstin (SP)	
	Kuert Matthias (SP)	
	Nova Colette (SP)	ab 18:30 Uhr
	Selmani Emsale (SP)	
	Thomann Thulani (SP)	
	Zeyer Christian (SP)	
	Zeyer Priska (SP)	<u>10</u>
	Buchter Yannick (SVP)	
	Friedli Hans Peter (SVP)	
	Gränicher Adrian (parteilos/SVP)	ab 18:55 Uhr
	Hausammann Hans-Rudolf (SVP)	
	Truog Markus (SVP)	
	Wipfli Hans (SVP)	
	Zaugg Gerhard (SVP)	
	Zivanovic Sandra (SVP)	
	Zuber Cyrill (SVP)	<u>9</u>
	Mink II Sandro (glp)	
	Tamàs Oliver (glp)	
	Wahli Alexander (glp)	
	Züllig von Allmen Dorothea (glp)	<u>4</u>
	Feller Daniela (FDP)	
	Leiser Christoph (FDP)	
	Minka II Lucien (FDP)	
	Rickenbach Rolf (FDP)	<u>4</u>
	Fels Silvia (EVP)	
	Wagner Martina (EVP)	
	Zürcher Myriam (EVP)	<u>3</u>
	Bärtschi Mosimann Astrid (Die Mitte)	
	Löhrer Sandra (Die Mitte)	<u>2</u>
	Mahler Niels (Grüne)	ab 18:20 Uhr <u>1</u>
	Ananiadis Jorgo (Piraten)	<u>1</u>
	Total anwesend	<u>35</u>

Mitglieder Gemeinderat	Iten Thomas (Gemeindepräsident; parteilos) sowie Blaser Erich (SVP), Fredrich Bettina (SP), Gasser Melanie (glp), Grasso Gerardo (FDP), Panayides Aliko (SVP) und Weber Hadorn Maya (SP)
Gemeindeschreiberin	Stuedler Barbara
Protokollführer	Kumli Jürg, Gemeindeschreiber Stv.
Entschuldigt	Mitglieder GGR: Dähler Stefanie (SP), Jordi Yves (Die Mitte), Luyet Cédric (glp), Schnider-Müller Simone (SP) und Toggwiler Denis (glp)

TRAKTANDEN

54.	Finanzstrategie 2030; Kenntnisnahme	171
55.	Finanzplan und Investitionsprogramm 2022 bis 2030; Genehmigung	175
56.	Budget 2022 inkl. Investitionsplan; Genehmigung	180
57.	Jugend/Familie: Betreuungsgutscheine; Genehmigung	184
58.	Schulanlage Mösli: Gesamtplanung; Genehmigung eines Ausführungskredits	188
59.	Schulanlage Mösli: Schulraumprovisorium; Genehmigung eines Ausführungskredits.....	194
60.	Motion glp-Fraktion betreffend "Pilotprojekt Mobility Pricing in Ostermundigen"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat.....	198
61.	Orientierungen des Gemeinderates	200
	a. Projekt KOBe, Fusionsverhandlungen; Stand der Dinge	200
	b. Motion betreffend „Lunch Check Karten“; verspätete Beantwortung	201
	c. Motion betreffend für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen; verspätete Beantwortung	202

d.	Petition „Tempo 20 am Unteren Chaletweg“; verspätete Beantwortung	203
e.	Motion betreffend einen Beitrag leisten zur Linderung der Not in den Lagern für Geflüchtete; Rückmeldungen Bundesrat sowie Regierungsrat	204
f.	Covid-19; Wiedereinführung der Testungen an der Volksschule; Schreiben an Bildungs- und Kulturdirektion	205
g.	Volksmotion betreffend „Sichere Schulhausplätze in Ostermundigen“ - kein unbefugter motorisierter Individualverkehr zu Unterrichtszeiten; Stand des Geschäftes	206
62.	Dringliche, überparteiliche Motion zur Beschaffung von CO ₂ -Messgeräten für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen; parlamentarischer Neueingang inkl. Begründung und Erheblicherklärung.....	208
63.	Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer ständigen Integrationskommission in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	211
64.	Überparteiliche Motion betreffend Einführung von Deutschbons für Ausländer:innen in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang.....	213
65.	Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer Grundlage für die Einführung eines Ausländerantrages in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang	214
66.	Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; parlamentarischer Neueingang.....	215
h.	Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates	217

Mitteilungen des Ratspräsidenten

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich begrüsse alle Anwesenden zur 5. Sitzung des Grossen Gemeinderates (GGR) des Jahres 2021. Ich heisse besonders die Zuschauerinnen und Zuschauer sowie die Vertretenden der Presse herzlich willkommen. Ich danke für das entgegengebrachte Interesse.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist.

1. Covid-Bestimmungen

- ① Im Tellsaal gilt eine generelle Maskenpflicht; auch auf den Sitzplätzen der Galerie. Einzig für die Sprechenden am Rednerpult gilt die Maskenpflicht nicht. Für die Verständlichkeit auf dem Tonband sind die Sprecherinnen und die Sprecher gebeten, die Maske abzulegen.

Dem allen zugestellten und im Saal und auf der Galerie angeschlagenen „Sicherheits- und Schutzkonzept“ ist Folge zu leisten. Die „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (Version vom 26. Juni 2021) sind von allen Anwesenden einzuhalten.

Die letzte Aktualisierung vom 11. Oktober 2021 des Regierungsstatthalters sowie die Erleichterungen der kantonalen Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion (GSI) haben keinen Einfluss auf das allen zugestellten, im Saal und auf der Galerie angeschlagenen „Sicherheits- und Schutzkonzept“.

- ① Herr Roland Stebler, Polizeiinspektor Öffentliche Sicherheit, hilft uns bei der Umsetzung des Sicherheitskonzepts resp. „Regeln und Empfehlungen“ des BAG vom 17. Juli 2020 (inkl. Änderungen vom 26.6.2021). Besten Dank für die Mithilfe.

- ① „Rednerpult und Mikrofon“

Diese werden von allen Sprechenden eigenständig desinfiziert (Spray und Abwischpapier stehen zur Nutzung bereit)!

- ① „Kontaktdaten angeben und Tracing ermöglichen“:

Sämtliche Zuschauerinnen und Zuschauer, Auskunftspersonen sowie die Medienschaffenden sind aufgefordert, sich auf der Liste „Kontaktdaten“ einzutragen.

- ① Auf der Galerie dürften mit genügend Abstand maximal 50 Personen anwesend sein.
- ① Parlamentarische Vorstösse sind beim Saaleingang - am gekennzeichneten Tisch - zur Unterschrift aufzulegen und vor Sitzungsende dem Ratspräsidenten zum Verlesen abzugeben.

Die parlamentarischen Vorstösse sind ausserdem dem Ratssekretär in elektronischer Form (Worddatei) zur Weiterbearbeitung zuzustellen.

2. Verlesen der Entschuldigungen:

GGR entschuldigt: Dähler Stefanie (SP), Jordi Yves (Grüne), Luyet Cédric (glp), Schnider-Müller Simone (SP) und Toggwiler Denis (glp)

Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf. Momentan sind **32 Ratsmitglieder** anwesend und der Grosse Gemeinderat ist somit beschlussfähig.

3. Auf den Tischen liegen auf:

- Traktandum Nr. 56: Budget 2022 (Änderungsantrag GPK bzw. neue Version Gemeinderat)
- Traktandum Nr. 61 e: Flüchtlingslager; Antwortschreiben von Bundesrat und Regierungsrat
- Flyer SVP "Nachhaltige Taten statt Worte - pflanzen wir gemeinsam Bäume auf dem Ostermundigenberg" am 6. November 2021
- Zeitungsausschnitt aus "Der Bund" vom 23.12.1965 - "Fixfertige Schulhäuser auf Rädern"

4. Gestützt auf Artikel 33 der GO GGR nehmen folgende Auskunftspersonen an der heutigen Sitzung teil:

- ① Heinz Berger, Büro Finances publics, zu Traktandum Nr. 54
- ① Thomas Lauener, Finanzverwalter, zu den Traktanden Nr. 54 - 56 und
- ① Peter Müller, Abteilungsleiter HB zu den Traktanden Nr. 58 + 59

5. Die nächste GGR-Sitzung findet am 2. Dezember 2021 bereits ab 17:00 Uhr statt. Im Anschluss an die Sitzung ist ein Jahresschlussessen im Restaurant "La Favorita" vorgesehen.

Traktandenliste

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Die Traktandenliste wurde allen zugestellt. Ich darf noch ergänzen:

→ Traktandum Nr. 61 - "Orientierungen des Gemeinderates"

- a. Projekt KoBe, Fusionsverhandlungen; Stand der Dinge
Sprecher: Thomas Iten
- b. Motion betreffend „Lunch Check Karten“; verspätete Beantwortung
Sprecher: Thomas Iten
- c. Motion betreffend für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum in Ostermundigen; verspätete Beantwortung
Sprecher: Thomas Iten
- d. Motion betreffend einen Beitrag leisten zur Linderung der Not in den Lagern für Geflüchtete; Rückmeldungen Bundesrat sowie Regierungsrat
Sprecherin: Aliko Panayides

- e. Petition „Tempo 20 am Unteren Chaletweg“; verspätete Beantwortung
Sprecherin: Aliko Panayides
- f. Covid 19; Wiedereinführung der Testungen an der Volksschule; Schreiben an Bildungs- und Kulturdirektion
Sprecher: Gerardo Grasso
- g. Volksmotion betreffend „Sichere Schulhausplätze in Ostermündigen“ - kein unbefugter motorisierter Individualverkehr zu Unterrichtszeiten; Information
Sprecherin: Maya Weber Hadorn

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Zur Traktandenliste liegen keine Wortmeldungen vor.

B e s c h l u s s :

Die Traktandenliste wird einstimmig genehmigt.

54. Finanzstrategie 2030; Kenntnisnahme

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Silvia Fels (EVP): Auf dieses Papier haben wir lange gewartet und darum waren wir natürlich auch sehr gespannt. Eine Strategie soll laut Wikipedia dazu dienen, ein Ziel zu erreichen, indem man von vornherein alle Faktoren einkalkuliert. Nach langer Wartezeit liegt also diese Finanzstrategie vor und wir sehen eine grosse Arbeit dahinter.

Alle Abteilungen, verschiedene Strategiepaper und Erfahrungswerte wurden einbezogen und das Ergebnis lässt sich sehen. Die Finanzlage von Ostermundigen wird sicher durch ein Papier nicht besser oder schlechter und Fragen sowie auch ein Feintuning werden kommen. Aber jetzt gilt es vorerst einmal damit zu arbeiten. Wir glauben, dass der Gemeinderat mit der Strategie in Zukunft die Investitionen gezielter planen und steuern kann. Gerade mit den vier Elementen zu den Führungs- und Controlling-Prozessen wird die Finanzkommission als beratende Kommission gefordert und gestärkt. Und sowohl die Geschäftsprüfungskommission wie auch der Grosse Gemeinderat haben die Möglichkeit, immer wieder hinzuschauen und mitzuarbeiten. Damit ist aus unserer Sicht der Grundstein gelegt für eine realistische Finanzstrategie.

→ Darum werden wir als EVP-Fraktion dem Antrag zustimmen.

Christian Zeyer (SP): Wir danken dem Gemeinderat für die umfassende Arbeit, die er geleistet hat. Wir haben den Bericht mit Interesse gelesen. Er klärt einiges und legt eine erste Grundlage. Der Bericht lässt aber doch auch nach wie vor einiges offen, das zwingenderweise geklärt sein müsste, damit wir den Bericht richtig würdigen können. Wir haben bereits einige Fragen gestellt. Bei einigen haben wir Antwort erhalten, sind aber nicht wirklich beruhigt, zu anderen stehen die Antworten noch aus.

Da das Geschäft als «Kenntnisnahme» gelistet ist und auch damit genügend Zeit für die Diskussion in den nachfolgenden Traktanden bleibt, verzichten wir darauf, hier eine Diskussion zu führen, sondern reichen eine Interpellation (siehe Traktandum Nr. 66) ein, die die Fragen auflistet, zu denen Klärungsbedarf besteht. Wir bitten den Gemeinderat, sich die Zeit zu nehmen und die Antworten zu den Fragen nicht nur in summarischer Form zu leisten, sondern quantifizierte Antworten zu geben. *Wir kündigen auch schon an, dass wir erwarten, dass der Behandlung der Antwort im Grossen Gemeinderat genügend Zeit eingeräumt wird und beantragen - etwas unüblich - bereits heute die Diskussion.* Dies ermöglicht es dem Ratsbüro, der Behandlung genügend Zeit einzuräumen. Eine Ratssitzung kürzen, dies geht immer, sie zu verlängern ist schwierig. Wir glauben aber, dass die Finanzstrategie zu wichtig ist, als dass man sie zwischen Tür und Angel behandeln sollte.

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Wir sind sehr froh darüber, dass der Gemeinderat mit der vorliegenden Finanzstrategie endlich den Grundstein für eine realistischere Finanzplanung gelegt und somit ein Instrument geschaffen hat, welches uns erlauben sollte, die jährlich zu genehmigenden Budgets in einem Gesamtbild zu sehen.

Natürlich kann man sich noch über Einzelfragen streiten, so zum Beispiel über die Frage, ob die Steueranlage nun als Zielgrösse oder doch eher als Instrument zur Zielerreichung definiert werden sollte. Wir haben jedoch das Gefühl, dass der Gemeinderat solche Fragen seriös diskutiert und abgeklärt hat und eine solide Finanzstrategie erarbeitet hat.

Selbstverständlich nehmen wir Die Mitte-Fraktion die Finanzstrategie zur Kenntnis und möchten es nicht unterlassen, uns bei allen Beteiligten für die aufwändige Erarbeitung der Finanzstrategie zu bedanken.

Hans Wipfli (SVP): Die vorliegende Finanzstrategie mitsamt dem ausführlichen Bericht wird zur Kenntnis genommen und die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Begründung:

Das Parlament hat den Gemeinderat beauftragt, eine längerfristige Finanzstrategie unter Berücksichtigung der aktuellen Rahmenbedingungen auszuarbeiten. Mit der vorliegenden Botschaft Finanzstrategie 2030 und dem beiliegenden Gesamtbericht Finanzstrategie 2030 hat der Gemeinderat diesen Auftrag erfüllt. Das Projekt ist in der Finanzkommission zu Beginn etwas unglücklich gestartet. Nachdem aber Thomas Iten und Gerardo Grasso unterstützend eingegriffen haben und mit der Hilfe einer externen Beratungsfirma hat das Ganze doch noch eine gute Wendung genommen. Allen Beteiligten möchten wir für die ausgezeichneten Arbeiten unser herzlicher Dank aussprechen.

Die Strategie beruht auf den folgenden Elementen: Planungsgenauigkeit, Zielgrössen 2030, Interventionsgrenzen und Führungs- und Controllingprozess.

Bei der Planungsgenauigkeit ist die systematische Integration der vorhandenen Strategieinstrumente und insbesondere die konsequente Verfolgung des definierten Priorisierungssystems auf alle laufenden Investitionen und Investitionstätigkeiten von zentraler Bedeutung. Dazu gehören die aufgezeigten Korrekturfaktoren bei der Investitionsplanung und der Prognostizierung bzw. deren Berücksichtigung auf der Basis von Erfahrungswerten bei der Erfolgsrechnung.

Die Zielgrössen 2030 - bestehend aus Bilanzüberschuss, Bruttoverschuldungsanteil, Nettoverschuldung pro Einwohner und Steueranlage - sind die richtigen, realistischen und messbaren Zielgrössen für die Umsetzung der Finanzstrategie. Aus unserer Sicht bildet die Beibehaltung der Steueranlage die wichtigste Zielgrösse dieser Strategie. Aus Sicht der SVP Ostermundigen muss auf alle Fälle verhindert werden, dass die Steueranlage von maximal 1.69 erhöht wird. Das gilt auch für eine bloss befristete oder vorübergehende Erhöhung.

Die definierten Interventionsgrenzen bestehen aus Bilanzüberschuss, Bruttoverschuldungsanteil, Nettoverschuldung pro Einwohner und Steueranlage max. 1.74. Diese Interventionsgrenzen müssen keine absolut fixen Grenzwerte bilden. Allenfalls befristet und mit einem klaren Besserstellungsziel vor Augen können diese Interventionsgrenzen auch etwas flexibel gehandhabt werden. Mit anderen Worten kann ein vorübergehender Bilanzüberschuss für ein bis drei Jahre in Kauf genommen werden (vgl. Seite 7 der Botschaft).

1)

Christoph Leiser (FDP): Vorab: die FDP.Die Liberalen-Fraktion wird dem Antrag Gemeinderat zustimmen und nimmt somit von der Finanzstrategie Kenntnis

Das vorliegende Werk verdient unsere Anerkennung, wir erachten es als sehr umfassend, sinnvoll und es bietet eine gewiss durchdachte Leitplanke für die finanziellen Zukunftsaussichten und -Entwicklungen der Gemeinde. Die FDP-Fraktion dankt allen mit der Erstellung der Finanzstrategie involvierten natürlichen und juristischen Personen.

Informativ, aufschlussreich und bestätigend waren dabei die Informationsveranstaltung sowie das GPK-Protokoll; die entsprechenden Erkenntnisse müssen hier nicht mehr aufgewärmt werden.

Wenn und falls Ostermundigen im Jahr 2030 ungefähr in dem angepeilten Hafen anlegt, können wir von der FDP.Die Liberalen-Fraktion grundsätzlich damit leben. Ob die dafür als allenfalls notwendig erachteten oder zu ergreifenden Mittel und Kurskorrekturen (Steuersatz) sinnvoll, unumgänglich oder vernünftig sind, wird sich zeigen resp. ist sodann via Parlament oder Volk zu entscheiden.

Nach wie vor wird bei der jährlichen Budgetdebatte entsprechendes «Leihhalten» aller Beteiligten nötig sein. Immer noch besteht das unheilvolle strukturelle Defizit, welches auch durch die erwarteten Mehrwertabschöpfungen nicht wegfällt. Wir erhalten heute einzig Anhaltspunkte dafür, dass Ostermundigen voraussichtlich auch im Jahr 2030 potenziell auf eigenen Beinen stehen kann und der finanzielle Abgrund noch nicht unmittelbar bevorsteht. Ausgabendisziplin muss auch künftig vorherrschen, der Verzicht auf unfinanzierbare «nice-to-have» Projekte ist unabdingbar. Wir werden auch künftig die entsprechend vorgelegten Budgets mit allen deren Folgen kritisch prüfen. Ob die Ampeln sodann grün, dunkelgrün, gelb, dunkelgelb oder tatsächlich rot anzeigen - und ob rot tatsächlich rot ist - wird sich zeigen.

An dieser Stelle greife ich kurz auf das nächste Traktandum "Finanzplan" etc. vor: auch dazu wird die FDP.Die Liberalen-Fraktion zwangsläufig/logischerweise ihre grundsätzliche Zustimmung erteilen. Entsprechende Inputs zum Traktandum sind bereits gegeben worden oder werden wohl auch nach mir noch abgegeben werden.

Oliver Tamàs (glp): Die glp-Fraktion ist erfreut über die Erarbeitung der ersten Finanzstrategie für die Gemeinde Ostermundigen und möchte dies herzlich danken. Wir glauben, dass Papier ist eine gute Grundlage und ein wichtiges Planungs- und Steuerungsinstrument, um die Zukunft besser gestalten zu können. Die Plangenaugigkeit kann verbessert und die Investitionen können priorisiert werden.

Trotzdem stellen sich uns ein paar kritische Fragen, die es sich lohnt, im Detail nochmals zu diskutieren und zu überprüfen. Für uns sind dies in erster Linie die Zielgrössen und Interventionsgrenzen. Im Detail sind dies:

Ein Bilanzüberschuss von CHF 6 Mio. und eine Interventionsgrenze von CHF 0.00. Beide Werte machen durchaus Sinn.

Beim Bruttoverschuldungsanteil ist eine Interventionsgrenze von 100 % deutlich zu tief angelegt. Gemäss Richtwerten auf Seite 26 spricht man erst bei 150 % bis 200 % von einem

1) 18:19 Uhr: Niels Mahler (Grüne) nimmt an der Sitzung teil. Es sind **33 Ratsmitglieder** anwesend.

schlechten Wert und erst ab 200 % von kritisch. Es ist deshalb unklar, weshalb die Gemeinde bereits bei 100 % intervenieren sollte.

→ Steueranlage von 1.69 / 1.74

Dies sollte keine Zielgrösse sein, sondern ein Instrument zur Erreichung von Zielwerten.

Störend finden wir auch das Ampelsystem auf Seite 32. Ohne Steuererhöhung wäre der Bilanzüberschuss mit einem Wert von CHF 3,6 Mio. bereits auf Rot, dabei beträgt die Interventionsgrenze CHF 0.00. Der Bruttoverschuldungsanteil mit einem Wert von 81 % ist schon auf Gelb und die Nettoschuld pro Einwohner mit CHF 2'300.00 auch schon auf Rot. Dabei sind diese sehr nahe am Zielwert und weit entfernt von den Interventionsgrenzen.

Fazit

Mit den definierten Interventionsgrössen sehen wir die versteckte Einführung einer Schuldenbremse. Und mit dem aufgezeigten Ampelsystem soll wohl eine vorübergehende Steuererhöhung gerechtfertigt werden. Beides wird die gIp so nicht unterstützen resp. ablehnen. Die Massnahme «Steuererhöhung» müsste erst dann ergriffen werden, wenn die Interventionsgrenzen klar erreicht werden.

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Vielen Dank für die Rückmeldungen.

① Informationsveranstaltung

Uns liegt ein erster Entwurf resp. Version 1.0 der Finanzstrategie vor. Gewisse Sachen müssen aus den Erfahrungen angepasst werden.

① Interpellation

Ich bin froh für die von Christian Zeyer (SP) angesprochene Interpellation.

① Wohlwollendes Feedback

Es gilt nun primär Erfahrungen zu sammeln.

Besten Dank den Mitarbeitenden der Abteilung Finanzen/Steuern.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 31 zu 0 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) den folgenden

B e s c h l u s s

Die «Finanzstrategie 2030» wird zur Kenntnis genommen und der Gemeinderat mit dem Vollzug beauftragt.

20.2.00 Allgemeines

55. Finanzplan und Investitionsprogramm 2022 bis 2030; Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Christian Zeyer (SP): Besten Dank für die Übermittlung des Finanzplans. Er ist eng mit der Finanzstrategie verbunden. Die Fragen, die wir dazu bereits deponiert haben, müssten also zwingend geklärt sein, damit wir den Finanzplan verabschieden könnten. Wir möchten gerne ein - wichtiges - Detail herausgreifen und bitten den Gemeinderat um eine erste Einschätzung. Wir greifen diese Frage heraus, weil deren Beantwortung ohne grosse Berechnungen sofort möglich ist.

→ Ich bitte die Anwesenden, den Finanzplan auf Seite 15 aufzuschlagen: Hier geht es um die Ergebnisse des allgemeinen Haushaltes. In den grüngefärbten Zellen unten, genauer auf der 6. Zeile von unten, findet sich die Zeile «Nettoschuld».

Diese steigt von CHF 1'594 im Jahr 2021 auf CHF 4'203 im 2030 - ein Anstieg um CHF 2'609.

→ Wir vergleichen die Zahlen nun mit dem Gesamthaushalt auf Seite 59.

Hier steigt die Nettoschuld von CHF 680 im Jahr 2021 auf CHF 1'991 - ein Anstieg um CHF 1'341.

① Schlussfolgerung 1

Der Gemeinderat sieht vor, buchhalterisch die Nettoverschuldung des allgemeinen Haushaltes dadurch zu beschönigen, in dem er im gleichen Mass die Spezialfinanzierung aufbläst.

② Schlussfolgerung 2

Bereits heute *übertüncht* er rund CHF 16 Mio. Nettoschulden im allgemeinen Haushalt durch eine üppig ausgestattete Spezialfinanzierung.

In einer Firma wäre das kein Problem und man würde von einem Gewinn in der einen Geschäftseinheit sprechen, welche die andere Geschäftseinheit quersubventioniert. Man würde das allenfalls tolerieren, wenn die eine Geschäftseinheit überlebenswichtig wäre, und man würde sich sicher überlegen, wie die defizitäre Geschäftseinheit profitabler werden könnte. Allenfalls würde man auch desinvestieren und die defizitäre Geschäftseinheit abstossen.

Es ist klar, dass für die Gemeinde eigentlich nur einer der drei Wege offen ist:

- Spezialfinanzierungen sind in sich geschlossen. Eine Quersubventionierung ist daher nicht möglich.
- Im Bereich des allgemeinen Haushaltes zu desinvestieren ist in einer eigenständigen Gemeinde nicht möglich.
- Bleibt also nur die Möglichkeit, die Defizite der Geschäftseinheit zu reduzieren.
- Effektiv sieht der Gemeinderat mit dem Finanzplan jedoch genau das Gegenteil vor: In der gesamten Finanzplanperiode steigt die Querfinanzierung um fast einen Faktor 3.

Ich denke, es ist für Euch, liebe Anwesende, nicht ganz erstaunlich, dass mir das etwas seltsam vorkommt. Vielleicht habe ich ja etwas übersehen, dann bitte ich um Aufklärung. Ich benötige aber nicht unbedingt heute eine Antwort - wir haben die Frage auch in unserer Interpellation deponiert.

Dies sind eher grundsätzliche Bedenken, wir haben aber auch Fragen handwerklicher Natur. Beispielsweise finden sich auf Seite 61 in mehreren Zeilen identische, nicht gerundete Zahlen. Es ist nachvollziehbar, dass in einem Finanzplan Annahmen getroffen werden, die zu einer Wiederholung der Zahlen führen können. Dies müsste jedoch in einer Fussnote erklärt werden und es sollte auf eine Angabe in dieser Genauigkeit verzichtet werden.

① Fazit

Alles in allem und mehr wegen den grundsätzlichen Bedenken als wegen der handwerklichen Fragen kann ich darum den Finanzplan nicht verabschieden. Ich weiss, dass dies keinen direkten Effekt hat. So ist diese Ablehnung ein Aufruf an den Gemeinderat, diese Bedenken ernst zu nehmen und noch einmal über die Bücher zu gehen.

2)

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Zuerst möchten wir darauf hinweisen, dass die Legende unter der Tabelle in der Zusammenfassung auf Seite 6 der GGR-Botschaft nicht nur irreführend, sondern auch falsch ist, da die Interventionsgrenze in keinem Jahr überschritten wird.

Grundsätzlich widerstrebt es uns, einen Finanzplan zu genehmigen, welcher auf einer vorübergehenden Steuererhöhung basiert. Zumal die Interventionsgrenzen auch beim Szenario ohne Steuererhöhungen nicht überschritten werden. Wir hätten uns gewünscht, dass auch die Variante 2 (ohne vorübergehende Steuererhöhung) zur Abstimmung gebracht worden wäre.

Aufgrund der erwähnten Punkte werden wir den Finanzplan nicht genehmigen.

Dorothea Züllig von Allmen (glp): Die glp-Fraktion wird dem vorliegenden Geschäft zustimmen. Wir haben an der Fraktionssitzung die gleichen Themen besprochen, welche bereits von Christian Zeyer (SP) angesprochen worden sind. Gewisse Antworten werden wir vielleicht heute Abend noch bekommen. Insgesamt können wir die gewissenhaft erstellten Unterlagen verdanken. Der Finanzplan stützt sich auf die Finanzstrategie, welche wir zur Kenntnis genommen haben.

Zum Votum "Schönfärberei" können wir anmerken, dass bereits in der Finanzstrategie die Finanzlage der Gemeinde Ostermundigen stabiler dargestellt wird. Es stellt sich da die Frage, ist es nur die Darstellung oder ist die Situation wirklich stabil? Vielleicht sieht die Situation bei genauer Betrachtung nicht so rosig aus.

Wir hoffen, dass die angeblichen Steuererträge auch in die Kasse von Ostermundigen fließen werden. Insgesamt wird das Priorisierungssystem auch für die Parlamentsmitglieder eine Überprüfung einfacher machen. Wir sind ebenfalls der Auffassung, dass der Finanzplan ohne vorübergehende Steuererhöhung durchführbar ist. Die wichtigen Einwände wurden bereits

2) 18:30 Uhr: Colette Nova (SP) tritt der Sitzung bei. Somit sind jetzt **34 Ratsmitglieder** anwesend.

erwähnt. Zentral ist, dass der Steuerfuss eingehalten wird. Der Investitionsstau ist mit zurückgestellten Investitionen in den letzten Jahren nicht von der Hand zu weisen. Entsprechend wurde eine Korrektur bei den geplanten Investitionen vorgenommen.

Nichtsdestotrotz müssen wir weiterhin den Gürtel enger schnallen. In den nächsten Jahren stehen grosse Investitionen (rund 20 Mio. Franken pro Jahr) an.

Hans Wipfli (SVP): Der Finanzplan mit Investitionsprogramm 2022 - 2030 wird von der SVP-Fraktion genehmigt. Auch wir haben über Unsicherheiten gesprochen bzw. diskutiert.

Begründung

Der vorliegende Finanzplan berücksichtigt erstmalig die räumliche Entwicklungsstrategie (RES) und die daraus abgeleitete Wachstumsprognose. Der Planungshorizont des Finanzplans ist auf die Finanzstrategie 2030 ausgelegt. Mit diesen ergänzten Parametern ist die Komplexität des Finanzplanes und des Investitionsprogrammes materiell inhaltlich und auch zeitlich deutlich gestiegen. Ein deutliches Zeichen dafür sind die ausführlichen Projektbeschreibungen der Gemeindeverwaltung. Die auf Grund des genannten Planungshorizont erwähnten positiven Faktoren wie Zunahme der Steuern, verzögerte Wirkung des Finanz- und Lastenausgleiches, die möglichen Mehrwertabschöpfungen in einer Bandbreite zwischen CHF 35 und 53 Millionen und die möglichen Baurechtszinsen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grundlegenden strukturellen Probleme der Gemeinde Ostermundigen nach wie vor nicht gelöst sind. Ostermundigen hat nach wie vor zu wenig potente und zahlungskräftige Steuerzahler (natürliche und juristische Personen) und einen zu grossen Erneuerungs- und Investitionsbedarf bei Infrastrukturvorhaben und Schulanlagen. Damit muss weiterhin mit Bedacht und Augenmass gehandelt werden und es muss weiterhin sparsam und haushälterisch mit den bestehenden Ressourcen und Einnahmen umgegangen werden.

Wie bereits in der Finanzkommission vorgebracht worden ist, muss nebst dem Finanzplan und dem Investitionsprogramm ein Steuerungscockpit geschaffen werden, welches eine zuverlässige unter- und überjährige Steuerung der verschiedenen langjährigen Projekte zulässt.

Matthias Kuert (SP): Ich möchte mich dem Votum von Christian Zeyer (SP) anschliessen. Ich möchte noch etwas klarstellen:

Es sind Voten gefallen, dass die Finanzlage von Ostermundigen sich im "grünen Bereich" befindet. Wir benötigen keine Steuererhöhung.

Für die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion sind noch zu viele Fragen offen. Der steuerfinanzierte Finanzhaushalt benötigt vielleicht trotzdem eine Steuererhöhung. Wichtig ist, dass wir die finanzielle Situation der Gemeinde Ostermundigen klar und richtig einordnen. Wir werden uns bei der Beschlussfassung enthalten oder eventuell sogar den Finanzplan ablehnen.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank für die interessanten Voten inkl. die gestellten Fragen.

Ich bin froh über die neue Interpellation, welche Christian Zeyer (SP) heute Abend abgeben wird. Ich möchte keinen "Schnellschuss" abgeben - die Fragen sollen korrekt beantwortet werden.

Heinz Berger (Finances Publics): Ich stelle fest, dass die Unterlagen intensiv und mit Interesse gelesen worden sind. Wir Finanzverwalter sind stets enttäuscht, wenn Zahlenwerke präsentiert werden, diese aber niemanden interessieren.

Ich möchte noch einen fachlichen Input zu zwei Themen abgeben:

1. Gesamthaushalt

In vielen bernischen Gemeinden kommt die Situation vor, dass die Spezialfinanzierungen "als Bank" gegenüber dem allgemeinen Steuerhaushalt eingesetzt werden. Das ist absolut zulässig und richtig. Wir nehmen keine Querfinanzierung vor. Bei der Einführung von HRM1 und HRM2 im Kanton Bern wurde die Finanzierung von Wasser und Abwasser so gewählt, dass alle Jahre finanzielle Mittel angespart werden, um notwendige Infrastrukturen zu errichten, welche nach rund 80 Jahren ersetzt werden müssen. Das bedeutet, dass beim Wasser und Abwasser Millionenwerte zur Seite gelegt werden. All diese Millionenwerte der bernischen Gemeinden haben dazu geführt, dass 1,7 Milliarden Franken (oder 1'700 Franken pro Einwohnerinnen und Einwohner) für die Entschuldung (hauptsächlich für Wasser- und Abwasserinfrastrukturen) eingesetzt werden können. D. h. die Gemeinden haben bei den Banken fast keine Schulden mehr, sondern viele Schulden bei den Gemeindewerken (vor allem Wasser und Abwasser). Diese Schulden werden in der Buchhaltung ausgewiesen. Da wird nichts Quersubventioniert. Die Mittelbewirtschaftung wird über den Gesamthaushalt finanziert. Wenn der Steuerhaushalt Geld für die Spezialfinanzierungen benötigt, dann wird das Geld via Steuerhaushalt verzinst.

Fazit

Hier liegt keine Bösartigkeit des Gemeinderates von Ostermundigen vor. Da können wir von einer gesetzmässigen Sache im Kanton Bern sprechen.

Wenn wir von den Kennzahlen ausgehen, dann stehen viele Gemeinden im Kanton Bern - und auch die Gemeinde Ostermundigen - vor der Situation, dass beim Steuerhaushalt und allgemeinen Finanzhaushalt isoliert betrachtet, wenig Selbstfinanzierung vorhanden ist. Aber wir weisen darauf hin, dass der Gesamthaushalt beobachtet werden muss. Das ist einfacher und richtig. Es war eine bewusste Entscheidung, dass der Bruttoverschuldungsanteil und die Nettoschuld der gesamte Finanzhaushalt in Betracht gezogen wurden. Die Zielgrösse beim Steuerhaushalt ist die Steueranlage.

Wenn das Parlament der Auffassung ist, dass der Gemeinderat die Finanzstrategie verfeinert darstellen und die Zielsetzungen pro Finanzierungsart (Gebühren, Steuern) definieren sollte, dann kann dies für eine nächste Runde so bestellt werden. Fachlich möchte ich euch empfehlen, die Finanzstrategie so einfach wie möglich darzustellen. Wichtig ist der Blick auf den Gesamthaushalt.

2. Entwicklung Fremdkapital

Die Finanzplanprogramme sind heute sehr komplex ausgestattet. Beim von der Gemeinde Ostermundigen gewählten Finanzplanprogramm "Lektra" wird jede Kasse separat ausgewiesen. Die Gesamtheit wird anschliessend über die Planbilanz dargestellt. Wichtig dabei ist, dass auch die flüssigen Mittel beobachtet werden. Die Gemeinde Ostermundigen benutzt ein gutes Werkzeug, welches auch von vielen anderen Gemeinden genutzt wird.

① Zur Frage wie die "Interventionsgrenze" definiert wird?

Mit dem Korrekturfaktor wurde versucht, bei den Investitionen die grossen Differenzen zwischen Planung und Umsetzung zu reduzieren. Es ist möglich, dass die Korrekturfaktoren zu hoch resp. optimistisch angesetzt wurden. Deshalb ist die Interventionsgrenze so festgelegt worden.

① Frage aus der Infoveranstaltung um "Bruttoverschuldungsanteil und Interventionsgrenze": Wieso nur 20 Prozent dafür bei der Nettoverschuldung eine Verdoppelung?

Hier liegen uns unterschiedliche Basen vor: Bruttoschuld = 100 Millionen Ende 2030 und bei der Nettoschuld = 40 Millionen.

Wenn bei beiden Werten 30 Millionen aufgerechnet werden, dann führt dies bei der Nettoschuld zu einem viel grösseren Zielwert und Interventionsgrenze.

Ich habe mir vorgenommen, nicht allzu technisch zu werden. Dies ist mir leider nicht ganz gelungen und ich bitte um Entschuldigung.

3)

Abteilungsleiter Finanzen/Steuern Thomas Lauener: Ich habe noch Bemerkungen resp. Ergänzungen zum Votum von Heinz Berger:

- Der Gemeinderat hat keinen Einfluss auf die Zahlen im Finanzplan genommen, um die Zahlen besser oder schlechter darzustellen. Die Zahlen wurden nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet. Die politische Aufgabe resp. Entscheide hat nun das Parlament vorzunehmen.
- Seite 61: komische Darstellung

Dieser Hinweis ist richtig. Das Finanzplanprogramm "Lektra" hat die Zahlen inkl. Formeln hinterlegt und das komplexe HRM2 nimmt Einfluss auf die dargestellten Zahlen. Dieser Missstand kann ausgeräumt werden. Die Buchungsvorschriften vom kantonalen Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) werden umgesetzt und durch die Revisoren kontrolliert.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank den Auskunftspersonen. Ich hoffe, die Komplexität der Materie konnte dem Parlament verständlich aufgezeigt werden. Weitere Fragen zum Finanzplan können laufend gestellt werden. Als dann werden wir diese schriftlich beantworten.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 20 zu 6 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) den folgenden

B e s c h l u s s

Der Finanzplan inkl. Investitionsprogramm 2022 bis 2030 wird genehmigt und der Gemeinderat mit dem Vollzug beauftragt.

³⁾ 18:55 Uhr: Adrian Gränicher (SVP) tritt der Sitzung bei. Neu sind **35 Ratsmitglieder** anwesend.

56. Budget 2022 inkl. Investitionsplan; Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Ein Prozessfehler hat sich in das Budget eingeschlichen. An der letzten GGR-Sitzung wurde das neue Besoldungssystem genehmigt. Die Mehrkosten des neuen Besoldungssystems sind irrtümlicherweise nicht in das Budget 2022 eingeflossen. Die letzte GGR-Sitzung hat am 23. September 2021 stattgefunden und zu diesem Zeitpunkt war der Budgetprozess bereits abgeschlossen. Die Unterlagen wurden fristgerecht allen zugestellt.

Die zusätzlichen Ausgaben von rund 870'000 Franken, welche das neue Besoldungssystem verursacht, wurde dem Gemeinderat in einem Nachgang (Zirkulationsbeschluss) vorgestellt. Die neuen bzw. korrigierten Antragspunkte wurden als Tischaufgabe (und vorgängig bereits per E-Mail) allen Parlamentsmitgliedern zugestellt.

→ Das Defizit im Budget 2022 beträgt neu 1,5 Mio. Franken (inkl. neues Besoldungssystem).

① Wieso ist das Defizit nicht höher?

Sämtliche Angaben aus der Finanzstrategie haben dazu geführt, dass das Budget 2022 kleiner ausfällt. Im Rechnungsabschluss werden die Parameter (inkl. finanzpolitische Reserven; Mehrwertabschöpfung) erst ersichtlich. Mit der Finanzstrategie wird die Differenz von Budget zum Rechnungsabschluss wesentlich kleiner ausfallen. Die Genauigkeit wird verbessert.

GPK-Präsident Yannick Buchter (SVP): Eine Korrektur zum Votum des Departementsvorstehers Finanzen/Steuern: Die Geschäftsprüfungskommission hat an ihrer Sitzung vom 20. Oktober 2021 die Unstimmigkeiten im Budget 2022 bemerkt und den notwendigen Änderungsantrag verfasst.

Der **Änderungsantrag der GPK** ist aktenkundig. Die Beschlusseziffer Nr. 2 hat wie folgt zu lauten:

2. *Das Budget für das Jahr 2022, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushaltes von CHF 1'521'000 (inkl. CHF 870'000 Mehrkosten für das neue Besoldungssystem), wird wie folgt genehmigt: ...*

Besten Dank dem Gemeinderat für die Tischaufgabe inkl. vorliegender Korrektur des Beschlusses. Ich bin der Meinung, dass diese Korrektur trotz dreiwöchiger Herbstpause vorgängig hätte (mittels Zirkularbeschluss) richtiggestellt werden können.

Kathrin Balmer (SP): Ich werde mich kurzfassen: Die Fraktion «SP, Grüne und Gewerkschaften» hat ihre Fragen und grundsätzlichen Vorbehalte bereits bei der Finanzstrategie und dem Finanzplan deponiert. Das Budget werden wir genehmigen - die korrigierte Version vom 26. Oktober 2021, welche die Mehrkosten für das neue Besoldungssystem beinhaltet.

- Wir sind aber schon sehr konsterniert:

Der Gemeindepräsident erzählt im Zusammenhang mit der Finanzstrategie und dem Finanzplan überall, dass die Gemeinde Ostermundigen finanziell nicht so schlecht dasteht wie bisher angenommen. Das steht auch in der Medienmitteilung vom 20. Oktober 2021. Gleichzeitig wird dem GGR ein tiefrotes Budget vorgelegt: 1,5 Millionen Franken Defizit beim Gesamthaushalt und sogar über 1,8 Millionen Franken beim allgemeinen Haushalt. Und das obwohl im grossen Stil Reserven aufgelöst werden: Finanzpolitischen Reserve 1,8 Millionen Franken, Neubewertungsreserve 100'000 Franken und Abschreibungen aus der Spezialfinanzierung Mehrwertabgabe in der Höhe von 1,1 Mio. Franken.

- Sehr gut versteckt, damit es möglichst keine Journalistin, kein Journalist findet (auf Seite 21 von 31 in der GGR-Botschaft), steht das Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit: - 3'152'170 Franken - und das enthält die 870'000 Franken Mehrkosten für das neue Besoldungssystem bekanntlich noch nicht.

Silvia Fels (EVP): Die Finanzlage von Ostermundigen ist besser als bisher dargestellt. Wir können von verschiedenen positiven Faktoren wie Steuererträgen und Mehrwertabschöpfungen profitieren. Sicher sollten wir nicht übermütig werden, da noch viele Baustellen offen sind. Aber als EVP-Fraktion wollen wir uns auch an den Früchten freuen. Gerade die verzögerten, positiven Steuererträge durch das Bevölkerungswachstum in der Gemeinde geben uns im Budget mehr Spielraum. Wachstum bedeutet sicher immer auch Mehraufwand, wie wir ja an den Schulen oder Kindergärten sehen. Aber wir glauben auch, dass es sich auszahlt, in die Zukunft zu investieren. Der Gemeinderat hat uns bei einer Infoveranstaltung gesagt, dass keine Kürzungen gemacht werden mussten. Alle Abteilungen konnten ihre Wünsche anbringen und es wurde nicht am falschen Ort gespart.

→ Als EVP-Fraktion werden wir das Budget 2022 genehmigen.

Rolf Rickenbach (FDP): Heute Abend haben wir drei wichtige Finanzgeschäfte zu beraten. Sind wir ganz ehrlich: Wir sind bei dem Geschäft, welches für den GGR am wichtigsten ist. Mir ist immer noch schleierhaft, wieso das Parlament über eine Kenntnisnahme abzustimmen hat.

Wir weisen 1,5 Millionen Franken Defizit aus - dieser Sachverhalt ist nicht schön. Ich bin nicht sicher, ob ein defizitäres Budget "Spielraum" (wie von der Vorrednerin erwähnt) zulässt. Die Budgetgenauigkeit bei einer öffentlichen Verwaltung liegt bei zwei Prozent. Diese Differenz wäre optimal: 2 % von 100 Mio. Franken wären 2 Mio. Franken. Mit einem Defizit von 1,5 Mio. liegen wir noch 0,5 Mio. Franken im Plus.

Ich bzw. wir von der FDP.Die Liberalen-Fraktion haben keinen konkreten Vorschlag, da eine Veränderung anzubringen. Wir können uns lediglich an diesem Strohalm halten.

→ Die FDP.Die Liberalen-Fraktion wird dem vorliegenden Budget 2022 zustimmen.

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Dies ist das relevante Finanzgeschäft des heutigen Abends. Die Mitte-Fraktion ist mit dem Budget 2022 einverstanden und wir werden dieses genehmigen.

Hans Wipfli (SVP): Dem Antrag des Gemeinderates (Ziffer Nr. 6 der Botschaft: Steueranlagen und Budget) wird zugestimmt.

Begründung

Der Gemeinderat hat die Lehren aus den Budgetprozessen der vergangenen Jahre gezogen. Es darf festgestellt werden, dass die Budgetierung sehr sorgfältig und umsichtig erfolgt. In den vergangenen Jahren wurde überall versucht zu sparen und notwendige Investitionen wurden in allen Bereichen aufgeschoben. Damit eine nachhaltige Entwicklung stattfinden kann, muss sorgfältig und mit Augenmass investiert und finanzpolitisch umsichtig vorgegangen werden.

Zwar ist das Budget 2022 leicht rot eingefärbt, insgesamt kann dem Budget 2022 trotzdem zugestimmt werden. Die Zeiten sind vorbei, wo bei Kleinstpositionen (Kopierpapier, Briefmarken) gespart werden kann. Grosse und wichtige Infrastrukturvorhaben lassen sich nicht weiter verschieben, sondern müssen angepackt werden.

→ In Anbetracht der erarbeiteten Finanzstrategie 2030 und der zuvor behandelten Finanzplanung mitsamt Investitionsprogramm kann dem Budget 2022 zugestimmt werden.

Departementsvorsteher Finanzen/Steuern Erich Blaser (SVP): Besten Dank für die positiven Voten. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass wir zu den Gemeindefinanzen weiterhin Sorge tragen müssen. Es besteht kein grosser Handlungsspielraum. Für die Gemeinde Ostermundigen bin ich sehr froh, wenn wir heute Abend ein genehmigtes Budget 2022 in Empfang nehmen können. Das bedeutet auch, dass wir ab dem 1.1.2022 weiter Arbeiten dürfen. Die Schulraumplanung ist zurzeit die grösste Baustelle resp. finanzielle Belastung für die Gemeinde Ostermundigen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich verlese den gemeinderätlichen Antrag. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 34 zu 0 Stimmen (1 Enthaltung) den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Steueranlagen für das Jahr 2022 werden wie folgt festgesetzt:
 - für die der Staatssteuer unterliegenden Steuerfaktoren (Einkommen, Vermögen, Gewinn, Kapital und Grundstückgewinn) das 1,69-Fache des gesetzlichen Einheitsansatzes;
 - für die Liegenschaftssteuer 1,5 ‰ des amtlichen Wertes;
 - für die Feuerwehrdienstersatzabgabe 3,4 % des Staatssteuerbetrages, höchstens CHF 200.00.
2. Das Budget für das Jahr 2022, abschliessend mit einem Aufwandüberschuss des Gesamthaushaltes von CHF 1'521'200 (inkl. CHF 870'000 Mehrkosten für das neue Besoldungssystem, zzgl. 0.25 % der Bruttolohnsumme zur Alimentierung von Einmalprämien, gemäss Beschluss GGR 23.09.2021), wird wie folgt genehmigt:

	Aufwand	Ertrag
* Gesamthaushalt	CHF 118'493'820	CHF 116'972'620
Aufwandüberschuss		CHF 1'521'200
* Allgemeiner Haushalt	CHF 103'657'490	CHF 101'779'900
Aufwandüberschuss		CHF 1'877'590
SF Wasserversorgung	CHF 5'329'380	CHF 5'937'380
Ertragsüberschuss	CHF 608'000	
SF Abwasserentsorgung	CHF 6'745'460	CHF 6'655'100
Aufwandüberschuss		CHF 90'360
SF Abfallbewirtschaftung	CHF 1'975'440	CHF 1'926'670
Aufwandüberschuss		CHF 48'770
SF Feuerwehr	CHF 858'880	CHF 746'400
Aufwandüberschuss		CHF 112'480

* In der Gesamtsumme des Gesamthaushalts und des Allgemeinen Haushalts sind die Mehrkosten des neuen Besoldungssystems enthalten. Die Detailpositionen werden nach Genehmigung des Gesamtbudgets durch den GGR am 28.10.2021 mit den Werten gemäss GGR-Beschluss vom 23.09.2021 ergänzt.

3. Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.
4. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

63.13.10 Betrieb (früher: 63.152)

57. Jugend/Familie: Betreuungsgutscheine; Genehmigung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsfähig und zulässig.

Daniela Feller (FDP): Wir von der FDP-Fraktion werden dem Antrag des Gemeinderates zustimmen und hoffen, dass das Volk ebenso entscheiden wird. Ich selbst beziehe für meinen kleinen Sohn Betreuungsgutscheine und bin sehr froh darüber gibt es nun dieses System. Ohne die Einführung der Betreuungsgutscheine hätten wir uns eine teuren Kindertagesstätteplatz leisten müssen. Für einen subventionierten Platz wären wir damals Nr. 120 auf der Warteliste gewesen.

Klar sind die jährlichen Kosten nicht zu unterschätzen, aber ohne dieses unbeschränkte Angebot für Vorschulkinder würde Ostermundigen erheblich an Qualität für Familien verlieren. Dies wäre sehr schade, habe ich doch das Gefühl, dass wir als Wohnort für zweiverdienende Paare mit Kinderwunsch und/oder Kindersegen immer attraktiver werden.

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Wir haben am 31. Oktober des letzten Jahres dieser Systemänderung zugestimmt. An unserer Haltung diesbezüglich hat sich nichts geändert. Die Umstellung ist sinnvoll, nicht zuletzt auch, weil sie auch Familien des Mittelstands zugutekommt. Wir werden also auch hier dem Antrag des Gemeinderates zustimmen.

Zwei Fragen haben wir aber noch:

1. Seite 5 der Botschaft, Tabelle unten

Es wäre hilfreich zu wissen, ob es sich hier um das Bruttoeinkommen oder das steuerbare Einkommen handelt.

2. Seite 6 der Botschaft, unten Administrativaufwand für die Führung der Fachstelle „Betreuungsgutscheine

In der GGR-Botschaft vom 31. Oktober 2019 wurde darauf hingewiesen, dass die Systemumstellung auf die Betreuungsgutscheine eine Erhöhung der Fachstelle Koordinationsstelle Kinderbetreuung um 50 % nötig macht. Der GGR bewilligte diese befristete Aufstockung von 50 % bis Ende 2021. Der mit der Einführung einhergehende Initialisierungsaufwand ist nun geleistet, daher kann die mit der Systemumstellung notwendig gewordene Aufstockung der Fachstelle von 50 % auf 40 % reduziert werden. Die Bewilligung der dafür notwendigen finanziellen Mittel zur unbefristeten Stellenschaffung von 40 % liegt in der Finanzkompetenz des Gemeinderates, ausmachend CHF 38'950.00.

Wenn die Aufstockung aufgrund der Systemumstellung nötig war und diese Umstellung jetzt abgeschlossen ist, weshalb wird dann nur um 10 % reduziert und nicht um die ursprünglichen 50 %?

Besten Dank für die Beantwortung unserer Fragen.

Priska Zeyer (SP): Unsere Fraktion wird diesem Geschäft mit grosser Überzeugung zustimmen.

Vor knapp zwei Jahren haben wir Ja gesagt zum neuen System der Betreuungsgutscheine, und ebenfalls Ja zum Verzicht auf eine Kontingentierung.

Dass es gute Angebote im Bereich der familienergänzenden Kinderbetreuung gibt, ist mittlerweile bei den allermeisten Parteien unbestritten. Die Argumente dafür sind auch in der Botschaft nochmals aufgeführt.

Der Systemwechsel hat dazu geführt, dass es keine Wartelisten mehr gibt für die familienexterne Kinderbetreuung, und es sind in Ostermundigen neue Kindertagesstätten entstanden. Damit sind nicht alle Probleme gelöst, aber ein ganz wichtiger Schritt ist getan.

→ Und wichtig ist, dass wir heute wieder Ja sagen zur definitiven Einführung dieser Gutscheine.

In der Sozialkommission haben wir das Geschäft diskutiert und es wurde von allen Mitgliedern einstimmig gutgeheissen.

Ich danke für die Unterstützung.

Myriam Zürcher (EVP): Einige Monate sind vergangen, seit die Kindertagesstätten in Ostermundigen den Wechsel auf das System der Betreuungsgutscheine vollzogen haben.

Es zeigte sich, dass dieses System gut funktioniert, um den Wettbewerb unter den Kindertagesstätten zu fördern und so auch die Qualität der Betreuung für die Kinder zu steigern. Es ist nämlich nicht ganz falsch zu sagen, dass für einige Kinder die Kindertagesstätte fast zu einem zweiten Zuhause wird.

Wir wünschen uns aber, dass das Wohl der Kinder einen noch zentraleren Platz einnimmt und nicht nur das der Eltern und der Wirtschaft. Denn sie sind die Zukunft unserer Nation und nicht zuletzt auch die von Ostermundigen. Nach unserer Meinung kommt dies in dieser Botschaft etwas zu kurz.

→ Die EVP-Fraktion wird der definitiven Einführung der Betreuungsgutscheine zustimmen. Wir hoffen, dass auch die stimmberechtigte Bevölkerung diesem Antrag im Frühling 2022 zustimmen wird.

Sandro Minka II (glp): Auch die glp-Fraktion wird dem Geschäft mit Überzeugung zustimmen. Viele Argumente wurden bereits erwähnt. Ich möchte noch erwähnen, dass für die glp-Fraktion die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentraler Punkt ist. Wenn der Kanton die Gelder spricht und 80 Prozent an Subventionen übernimmt, dann sollte die Gemeinde Ostermundigen davon profitieren und die Gutscheine für die Bevölkerung abholen. Damit wird die Erwerbstätigkeit in Ostermundigen gefördert.

Adrian Gränicher (SVP): Die SVP-Fraktion wird dem Geschäft ebenfalls zustimmen. Die Deckelung wäre für uns wünschenswert gewesen. Wir nehmen positiv zur Kenntnis, dass die angekündigten Kosten im Budget nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden. Ebenfalls haben

wir positiv zur Kenntnis genommen, dass sich die Situation der zu wenigen Betreuungsplätze in den letzten Monaten gebessert hat. Als Direktbetroffener mit einer kleinen Tochter weiss ich wovon hier gesprochen wird. Die Anzahl der Plätze hat sich mit der Neueröffnung von Kindertagesstätten positiv entwickelt.

Für die SVP-Fraktion muss die Situation der gemeindeeigenen "Hummelinäscht-Kita" weiter hinterfragt werden. Diese Kindertagesstätte nimmt im Markt eine sehr spezielle Rolle ein. Die Aufwendungen in diese Kindertagesstätte müssen in Zukunft kritisch hinterfragt werden.

Departementsvorsteherin Soziales Melanie Gasser (glp): Danke für die positiven Voten. Eine so breite Zustimmung konnte nicht erwartet werden. Das Geschäft konnte relativ genau kalkuliert werden.

Vor mehr als vier Jahren habe ich in der Kinderbetreuungslandschaft eine andere Situation in Ostermundigen angetroffen. Mir war es stets ein zentrales Anliegen, dass wir in Ostermundigen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern konnten. Heute sind keine Wartelisten mehr vorhanden. Der Markt ist so weit gesättigt, dass Kinder, welche einen Kita-Platz brauchen, auch einen Platz in Ostermundigen finden. Das Angebot soll weiterhin ausgebaut werden. Neue Kindertagesstätten werden angeworben. Wir dürfen nicht nur genügend sondern auch gute Plätze im Angebot wissen. Erst wenn den Eltern eine richtige Wahl zur Verfügung steht, erst dann kann der Qualitätsmarkt richtig funktionieren - und das muss das primäre Ziel der Gemeinde Ostermundigen sein.

① Zur Frage von Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte) - das steuerbare Einkommen ist massgebend.

Besten Dank für den Hinweis. Ich werde die Präzisierung vornehmen. Bezüglich Einkommen ist selbstverständlich das "steuerbare Einkommen" gemeint. Das steuerbare Einkommen ist die einzige vergleichbare Grösse, welche Aussagen über die Leistungsfähigkeit der Familie aussagt. In der Abstimmungsbotschaft wird der Begriff präzisiert und darauf hingewiesen.

① Stellenprozente

Ursprünglich wurden 50 Prozent angegeben (im alten System). Mit dem neuen Gutscheinsystem mussten viele Mutationen erledigt werden. Der Aufwand des Systems ist um ein Vielfaches grösser. D. h. wir haben 50 Stellenprozent mehr budgetiert. Davon sind 40 Prozent geschuldet am Systemwechsel und 10 Prozent waren für die Initialisierung bzw. Einführung notwendig. Nach der Einführung können die 10 Prozent wieder reduziert werden. Doch die 40 Prozent werden für die Ausstellung der Gutscheine immer noch benötigt.

Auch in der Abteilung Soziales werden die personellen Ressourcen genau beobachtet. Sollte eine Reduktion möglich sein, wird diese mit Sicherheit vorgenommen!

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 34 zu 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) den folgenden

B e s c h l u s s

1. Die Betreuungsgutscheine werden vorbehältlich der Zustimmung der Stimmberechtigten rückwirkend ab 01.01.2022 definitiv eingeführt.
2. Für die definitive Einführung werden jährlich wiederkehrend CHF 892'200.00 (Nettokosten) ab 01.01.2022 im Voranschlag eingestellt.
3. Dieser Beschluss wird in Anwendung von Artikel 58 Gemeindeordnung den Stimmberechtigten am 13.02.2022 zum verbindlichen Beschluss vorgelegt.

30.4.22 Schulhaus Mösli

58. Schulanlage Mösli: Gesamtplanung; Genehmigung eines Ausführungskredits

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Martina Wagner (EVP): Vielen Dank an alle, welche an dem Projekt bis jetzt gearbeitet haben, welches in unseren Augen sehr durchdacht und funktional ist. Auch die Projekterweiterungen sind natürlich sinnvoll, um Synergien zu nutzen. Wir werden dem Geschäft in allen Punkten zustimmen.

Allein zur Parkierung haben wir noch Fragen:

3. Wurde eine Bedarfsanalyse durchgeführt und reichen da die 18 Lehrer- und 2 Besucherparkplätze aus?
4. Sind die Lehrerparkplätze in der unterrichtsfreien Zeit für alle frei, wenn z. B. Vereine ihre Trainings und Veranstaltungen durchführen?

Dann komme ich noch auf den "Variel-Pavillon⁴" zu sprechen. Was wir nicht nachvollziehen können ist, dass dieser Pavillon, welcher nur eingeschossig ist, auf Gebiet, wo verdichtetes Bauen notwendig ist, doch noch geschützt werden muss. Wir sind ja gespannt, wie lange dieses sanierungsbedürftige Gebäude im Steingrübli seinen Dornröschenschlaf halten kann.

Matthias Kuert (SP): Mit der Gesamtplanung der Schulanlage Mösli liegt uns ein grosses und wichtiges Geschäft vor. Das Geschäft wurde gut ins Leben gerufen. Wir verdanken die gute Botschaft, welche die ganze Schulraumplanung von Ostermundigen berücksichtigt hat. In der Kostenstruktur werden die verschiedenen Optionen aufgezeigt. Es macht Sinn, das gesamte Projekt in einem Wurf zu realisieren. Viele nachhaltige Elemente (z. B. Fotovoltaik, Minergie A-Ecco, Entwässerungsproblematik, Verkehrsberuhigung etc.) wurden ebenfalls berücksichtigt.

→ Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion wird dem Geschäft zustimmen.

Das Teilprojekt 7 "Verkehrssituation" ist für uns nicht zufriedenstellend gelöst. Der Strassenbereich soll aufgewertet und neu Teil der Aussenanlage der Schule werden. Wir finden es schade, dass kein qualitativ guter Raum für die Schülerinnen und Schüler geschaffen wird. Wir nehmen zur Kenntnis, dass aufgrund von übergeordnetem Recht die Parkplätze errichtet werden müssen. Es ist aber bestimmt nicht mehr zeitgemäss, so viele Parkplätze zu errichten.

Positiv ist, dass die Parkplatzsituation auf dem Schulhausplatz gelöst und dieser vom Autoverkehr befreit wird. Es wäre zeitgemäss, hier die Mobilität zu fördern und nicht so viel Parkplätze zu bauen. Auch das Vereins- und Freizeitleben könnte mit weniger Parkplätzen auskommen.

⁴) [Schulpavillons 1903 – 2017 - Stadt Zürich \(stadt-zuerich.ch\)](http://stadt-zuerich.ch)

Wir regen an, das Mobilitätskonzept nochmals zu überprüfen und die Anzahl Parkplätze zu reduzieren.

Sandra Löhner-Marti (Die Mitte): Ich nehme es immer gerne vorneweg - Die Mitte-Fraktion wird diesem Ausführungskredit zustimmen. Wie schon in den Unterlagen ausgeführt wurde, hat der Grosse Gemeinderat dem Gesamtprojekt Schulraumplanung bereits vor etwas mehr als zwei Jahren seine Zustimmung gegeben.

Selbstverständlich sprechen wir da wieder einmal von einem „millionenschweren“ Projekt und in Anbetracht der finanziellen Lage der Gemeinde ist sicher jedermann bzw. jederfrau versucht zu sagen - „na - ist das denn nun wirklich nötig?“ Die Antwort lautet ganz klar ja.

Ja - weil wir in unsere Zukunft investieren müssen. Ja - weil wir Bauprojekte und Anpassungen lange aufgeschoben haben. Und ja - weil wir das Gemeindegewachstum durch Bauprojekte vorangetrieben haben und nun auch die entsprechende Infrastruktur bereitstellen müssen.

Die Mitte-Fraktion dankt der Abteilung für die genaue Ausarbeitung mit sehr detaillierten und - so hoffen wir - möglichst genauen Zahlen des Kostenvoranschlags. Wir schätzen die Planung der Photovoltaikanlage als zukunftsträchtiges Projekt ein und unterstützen diesen Vorschlag. Zum Teilprojekt 7 Parkplatzbewirtschaftung habe ich mich schon vor zwei Jahren positiv und wohlwollend geäussert. Das aktuell gültige Regime mit der Querung des ganzen Schulhausareals ist völlig unpassend und sogar gefährlich. Eine Parkierung ausserhalb des Areals sowie die Verkehrsberuhigungsmassnahmen mit Pollern bei Ein- bzw. Ausfahrt wurden von Seiten Elternschaft und Schulkommission schon immer gefordert.

Zwei Fragen habe ich noch:

5. Zum Teilprojekt 2+3: der neue Allwetterplatz wird am Standort platziert, wo vor nicht allzu langer Zeit ein Spielplatz (Holzkonstruktion) erstellt wurde. Was passiert mit dieser Holzkonstruktion?
6. Wie kann die Sicherheit der Schulkinder während der langen Bauphase gewährleistet werden?

Und zum Schluss noch eine Randbemerkung:

In der Botschaft auf Seite 19, unterste Zeile: Zum Glück wissen alle „Einheimischen“ OstermundigerInnen, dass die Zwischenlagerung des denkmalgeschützten "Variel-Pavillon" im gemeindeeigenen „Steingrübli“ natürlich „Steingrübli“ heisst.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Hans Peter Friedli (SVP): Die SVP-Fraktion bedankt sich für die übersichtliche und transparente Vorstellung dieses Geschäfts. Es entspricht nicht alles unserer Vorstellung und Wünschen. Sehr gut und dem Zweck entsprechend ist sicher der geplante Neubau der Kindergärten und der Tagesschule.

Beim Teilprojekt 4, Kunst am Bau, hoffen wir doch, dass die Kosten in einem vernünftigen Rahmen sind. Sprich die Kunst mit einem zweckmässigen Aufwand realisiert wird. Die Regel von 1 % ist doch veraltet und sollte überprüft werden.

Beim Abbruch fallen sehr hohe Kosten und auch Folgekosten an. Und das nur weil der Kanton (Denkmalpflege) ein stures Gesetz durchsetzen will. Weil z. B. Schulanlagen unter geschützte Bauten gestellt sind. Auch hier wären vom Kanton Flexibilität und der Zeit entsprechend Ausnahmen gefragt. Eventuell kann die Gemeinde ja eine Ausnahme beantragen.

Bei der Sanierung des Daches (spez. Trakt) stellt sich für uns die Frage, warum ein qualitativ gutes Dach, mit Schaumglas, Pape und Bitumen, also etwas vom Besten, nach der Hälfte der Lebensdauer schon saniert werden muss. Wird doch eine Funktion von mehr als 40 Jahren bei solchen Dächern vorausgesetzt. Hier können Energie und Ressourcen eingespart werden.

Eine Energieeinsparung bei dieser Sanierung von 5 % steht für uns in keinem Verhältnis zur Investition. Also wird bei halber Lebensdauer eine luxuriöse und nicht notwendige Investition vorgenommen, die sich noch nicht aufdrängt.

Die PV-Anlage würde auch auf dem Neubau voll genügen und könnte später auf den bestehenden Dächern bei einer notwendigen Sanierung erweitert werden.

Uns stellt sich auch die Frage, was wurde geprüft, um die überschüssige Energie in der Schulanlage für den Eigenbedarf oder anderswo zu verwenden?

Was sehr gut ist, dass Mitglieder der Hochbau- und der Schulkommission das Projekt begleiten und das finanzielle Controlling vornehmen. So steht es jedenfalls im GPK-Protokoll. Hier möchten wir noch eine Bestätigung der Abteilung Hochbau.

Bei der Sanierung der Schule Rüti haben wir gute Erfahrungen mit der Begleitung einer Fachkommission gemacht.

→ Die SVP-Fraktion wird diesem Kredit zustimmen.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich habe mir die Fragen notiert und möchte diese wie folgt beantworten:

① Parkplätze

Es ist fast ein Ding der Unmöglichkeit, die Anzahl und die Anordnung der Parkplätze optimal zu errichten. Für das Erwirken einer Baubewilligung müssen wir uns an Auflagen halten. Wir haben die Auflage, Parkplätze zu errichten (gemäss den kantonalen Auflagen und Baugesetzgebung sowie das kommunale Parkplatzreglement). Wir haben andere Möglichkeiten geprüft. Wir können die Blaue Zone nicht aufheben. Es würden bestimmt Einsprachen eingereicht. Ohne Parkplätze würde der Regierungsstatthalter keine Baubewilligung erteilen. Wir haben euch unseres Erachtens die optimalste Lösung vorgeschlagen. Ein erweiterter Schulraum mit sogenannter Spielstrasse soll errichtet werden. Die Bedarfsanalyse wurde erstellt. Grundsätzlich müssten mehr Parkplätze erstellt werden. Wir halten uns jedoch an das Minimum. Der ausgewiesene Bedarf wurde mit der Schulleitung abgesprochen. Die Parkplätze werden zugänglich sein, wenn der Poller sich gesenkt hat. Die Vereine dürfen die Parkplätze ebenfalls nutzen. Die Pollersteuerung kann auf die Minute genau programmiert werden.

① Holzkonstruktion

Die bleibt weiter bestehen, wird jedoch verschoben.

① Sicherheit

Während der Bauphase wird der Schulbetrieb aufrechterhalten. Hohe Sicherheitsstandards müssen erfüllt werden. Das wird eine grosse Herausforderung für alle Beteiligten werden.

① Teilprojekt 4

Die Auflagen von 1 Prozent "Kunst am Bau" mussten übernommen werden. Erste Ideen und Anfragen wurden bereits vorgenommen.

① Ausnahme der kantonalen Denkmalpflege

Zu diesem spannenden Thema wird Peter Müller sich äussern. Ich habe euch eine Kopie eines Zeitungsartikels "Der Bund von 23.12.1965" verteilt.

① Variel-Pavillon

Wir haben bereits sehr viele Ideen geprüft; nichts ist spruchreif. Die weitere Nutzung ist noch nicht bekannt. Da alles sehr in Eile ist, wird momentan die Lösung mit dem Steinbruch in Erwägung gezogen.

① Dachsanierung

Ja, diese könnte später vorgenommen werden. Es kann jedoch sein, dass in drei oder vier Jahren das Dach unbedingt saniert werden muss. Wir müssten während dem laufenden Schulbetrieb wieder ein Gerüst aufstellen. Dieser Sachverhalt führt zu hohen Zusatzkosten.

→ Die Hochbaukommission und die Schulkommission sind in der Gesamtplanung integriert. Die Schulraumplanung und das Controlling funktionieren einwandfrei.

Abteilungsleiter Hochbau Peter Müller: "Denkmalpflege" ist für viele ein ewiger Zankapfel. Denkmalschutz kann auch als "Chance" betitelt werden. Wir wollen bei diesem Projekt (zusammen mit der kantonalen Denkmalpflege) eine gute Lösung finden.

① Good News

Die Gemeinde Ostermundigen kennt viele Gebäude, welche im kantonalen Inventar eingetragen sind. Das Inventar wurde kürzlich überarbeitet und viele heute "geschützte Gebäude" werden in Zukunft aus dem Inventar entlassen. Die Schulanlage Dennigkofen wird aus dem Inventar gestrichen. Die kantonale Denkmalpflege hilft uns, Lösungen zu finden. Die Fachstelle muss nicht unbedingt als "Hindernis" angesehen werden. Die Qualität der Gebäude kann erhalten werden und die nächste Bevölkerungsgeneration wird davon profitieren können.

Kann für den Variel-Pavillon ein Betrag erwartet werden? Ja, es darf ein sechsstelliger Betrag erwartet werden. Aber die Schulanlage Möсли und der Variel-Pavillon werden nicht aus dem Inventar entlassen.

Christian Zeyer (SP): Ich hörte eine Diskrepanz bei den Ausführungen betreffend der "Dachsanierung" zwischen der SVP-Fraktion und der Departementsvorsteherin Hochbau zur Qualität des Daches. Gerne würde ich mehr über den Zustand des Daches in Erfahrung bringen.

Die Departementsvorsteherin sieht eine Dachsanierung in rund drei Jahren vor. Liegen bau-physikalische Probleme oder Schäden vor? Auf der anderen Seite hat die SVP-Fraktion erwähnt, dass es sich hier um ein Schaumglasdach handelt und ein Schaumglasdach eine längere Lebensdauer kennt. Ich war noch nie auf dem Dach der Schulanlage Mösli. Ich möchte jedoch eine Antwort zu der Aussage der SVP-Fraktion. Sollte die Lebensdauer länger als die drei bis vier Jahre andauern, muss die Situation (inkl. Ökobilanz) nochmals geprüft werden.

Abteilungsleiter Hochbau Peter Müller: Der Fachausdruck "Schaumglas" ist korrekt. Zum Glück haben meine Vorgänger langfristig geplant. Die Langfristigkeit ist jedoch sehr ungewiss. Seit dem Jahre 1994 sind 27 Jahre vergangen und wir können mit einer Lebensdauer von 40 Jahren rechnen. Je nach Sorgfalt und Pflege des "Bitumens", d. h. wir kennen den Zustand nicht im Detail. Die Prognosen von 40 Jahren müssen in Fachkreisen gesenkt werden. Mit einer Sanierung muss in den gerechnet werden. Das ist die theoretische Seite.

Die andere Seite betrifft den heutigen Zustand. Die Dachentwässerung gibt Probleme auf. Das Gefälle ist ungenügend, die Abschlüsse sind kritisch und jetzt hätten wir die Gelegenheit, das Dach (analog den nächsten 5 bis 10 Jahren Nebengebäuden) auf den neusten Standard zu bringen. Das wäre der Vorteil - alles in einem Aufwisch. Vielleicht passiert in den nächsten 10 Jahren nichts.

Aber wir werden eine Grossbaustelle errichten und in der Gemeinde Ostermundigen muss in Bezug der Sonnenenergie Fortschritte erwirkt werden. Bei der grossen Dachfläche kann mit der Realisierung einer Photovoltaikanlage eine grosse Chance genutzt werden. Aber Achtung: Eine Photovoltaikanlage kann auf dem heutigen Niveaustand des Daches nicht errichtet werden. Verbesserungen im Bereich der Abläufe und der Anschlüsse sind unumgänglich.

Hans Peter Friedli (SVP): Besten Dank dem Abteilungsleiter für die Ausführungen. Ich habe meine Inputs bei einem Dachdecker abgeholt resp. bestätigen lassen. Ich kann die Lage nicht als Fachmann beurteilen resp. den Sanierungszeitpunkt um fünf oder zehn Jahre hinausschieben.

In der Vergangenheit wurden unsere Wasserleitungen als "schadhaft" bewertet und für eine umfassende Sanierung bereitgestellt. In der Bernstrasse wurden die Leitungen in den letzten 15 Jahren noch nicht ersetzt und sie funktionieren heute nach wie vor einwandfrei. Mir sind in dieser Zeit nur ein oder zwei Wasserschäden bekannt. Vielfach wird den politischen Gremien Angst gemacht - eine Sanierung ist sofort notwendig, ansonsten führt der Missetand zu einem Unglück.

PV-Anlagen sind heute ein gutes Geschäft (gemäss heutigen Pressemitteilungen auch für Bundesrätin Sommaruga). Die PV-Anlagen müssen erstellt werden, aber nur an den Standorten, wo es sinnvoll ist. Der Konsum ist letzten Endes für den Eigenbedarf zu nutzen.

→ Kann der erzeugte Strom selbst genutzt werden?

Christian Zeyer (SP): Das Problem der Versicherungen ist, wir wissen nie, wann wir sie gebrauchen. Deshalb ist die Argumentation im vorliegenden Fall schwierig. Wenn das Dach rinnt und der Schaden nicht rechtzeitig bemerkt wird, kann das zu einem teuren Schadensfall

ausufern. Das eingesickerte Wasser kann die ganze Dämmung kaputt machen und zu einem grossen Schaden führen.

→ Ich vertraue der Expertise unserer Fachleute.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 34 zu 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung) den folgenden

B e s c h l u s s

4. Für die Erweiterung und Teilsanierung der Schulanlage Mösli wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Nachkredit von CHF 9'882'000.00 inkl. MwSt. bewilligt.
5. Es wird zur Kenntnis genommen, dass das Projekt mit folgenden optionalen Massnahmen realisiert wird:
 - a. Das Projekt wird mit der Flachdachsanieierung und einer Photovoltaikanlage auf dem Dach des bestehenden Spezialtrakts realisiert, was Investitionskosten von CHF 949'000.00 zur Folge haben wird.
 - b. Das Projekt wird mit der Umgestaltung der Parkierung und Anpassungen der Kilchgrundstrasse sowie Verkehrsberuhigungsmassnahmen realisiert, was Investitionskosten von CHF 624'000.00 zur Folge haben wird.
 - c. Das Projekt wird Massnahmen im Bereich der Umgebung für die Verbesserung der Entwässerung sowie einer neuen Schliessanlage für die gesamte Anlage realisiert, was Investitionskosten von CHF 603'000.00 zur Folge haben wird.
 - d. Das Projekt wird mit Massnahmen zur Erdbebenertüchtigung der bestehenden Pavillons erweitert, was Investitionskosten von CHF 70'000.00 zur Folge haben wird.
6. Dieser Beschluss unterliegt der Kompetenz der Gemeindeabstimmung, diese ist für den 13. Februar 2022 vorgesehen.

30.4.22 Schulhaus Mösli

59. Schulanlage Mösli: Schulraumprovisorium; Genehmigung eines Ausführungskredits

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Alexander Wahli (gfp): Das Geschäft steht für mich unter dem Titel:

→ Wie viel ist uns die Nachhaltigkeit wert?

Es geht nicht nur um die ökologische und energetisch sondern auch um die soziale Nachhaltigkeit .

Ein Mietprovisorium einem gekauften Provisorium vorzuziehen, erachten wir als gfp-Fraktion für die Gemeinde Ostermundigen als zielführend und nachhaltig. Auch wenn das Risiko der Verzögerung der Bauvorhaben Mösli und Rothaus nicht ganz auszuschliessen sind und eine längere Mietdauer unumgänglich macht.

Wie im Geschäft beschrieben, erachten wir es auch als schwierig, das Provisorium in irgendeiner Form wiederzuverwenden. So müsste doch eine vergleichbare Nutzung und vor allem ein ähnlich benötigtes Volumen gefunden werden, um den länglichen zweigeschossigen Containerbau an einer anderen Stelle wieder aufzubauen.

Nicht einverstanden sind wir mit der Variantenwahl des Provisoriums. Die Holzbauvariante überzeugt in den Bereichen Umwelt und Gestaltung, während die Variante Metallbau nur im Bereich Kosten die Nase vorn hat. Für die Mietdauer von vier Jahren wird eine Differenz von CHF 300'000.00 errechnet. In der Gesamtkostenberechnung wird zudem 10 % Reserve eingerechnet. Da die Miete in der Reserve berücksichtigt wird, steigt dadurch auch die jährliche Differenz. Aus meiner Sicht ist dies nicht korrekt. Auch scheint es mir etwas unwahrscheinlich, dass mit längerer Miete keine Reduktion erreicht werden kann. Ich gehe davon aus, dass bei einer Verhandlung mit dem Unternehmer dies so eingehandelt werden kann. Diese beiden Punkte führen aus meiner Sicht dazu, dass das errechnete Kostendelta von ca. 22 % reduziert werden kann.

→ Wieviel ist uns Nachhaltigkeit wert?

Ein Provisorium, welches in den Bereichen Umwelt, das heisst Materialisierung, grauer Energie etc. und Gesellschaft, das heisst Wohlbefinden der Schüler und Lehrpersonen, in den Räumlichkeiten, Einbindung im Ensemble deutlich besser abschneidet, kostet maximal CHF 300'000.00 mehr. Diese Summe beträgt 1 % der Gesamtinvestitionskosten der Massnahmen Mösli und Rothaus. Genau der gleiche Betrag welcher für Kunst am Bau einzusetzen ist.

1 % welches entscheidet, in welchem Umfeld unsere Schüler während vier Jahren oder anders gesagt für die gesamte Unterstufe unterrichtet werden.

Änderungsantrag Nr. 1

Daher beantragt die glp-Fraktion die Umformulierung des Beschlusses folgendermassen:

Für die Realisierung des Schulraumprovisoriums auf der Schulanlage Mösli wird für die Miete von Holzmodulen ein Kredit von CHF 1'680'000.00 inkl. MWSt. zu Lasten der Erfolgsrechnung (ca. 30 %) und der Investitionsrechnung (ca. 70 %) bewilligt.

Besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Marcel Falk (SP): Die SP/Grüne/Gewerkschaften-Fraktion dankt für das sorgfältige Ausarbeiten des Antrages für ein Schulraumprovisorium. Für uns ist klar, diese Provisorien braucht es und diese zu mieten ist der richtige Ansatz. Nicht einverstanden sind wir mit der Wahl der Metallcontainer. Der Gemeinderat schreibt klar, dass die Holzmodule punkto Nachhaltigkeit DEUTLICH besser abschneiden als die Metallcontainer. Stichworte sind: nachwachsender Rohstoff, einfacheres Recycling und möglicherweise auch kürzere Transportwege. Holz ist aber nicht nur ökologischer, sondern auch ansprechender und trägt damit zum Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler bei. Man kann den Provisorien so den fahlen Beigeschmack etwas nehmen, den sie für viele Eltern und Schülerinnen und Schüler haben.

- Wichtig ist auch das ziemlich sicher bessere Raumklima: wegen des Holzes und wegen der höheren Räume. Gerade in Zeiten von Corona ist das nicht zu vernachlässigen.

Uns ist bewusst, dass die Mehrkosten beträchtlich sind, gerade auch in Anbetracht der eher kurzen Nutzung in Ostermundigen. Holzmodule sind aufwändiger auf- und abzubauen. Je länger man solche Provisorien also nutzt, desto klarer stechen die Vorteile von Holzmodulen hervor. Drei Jahre sind ein Grenzfall. Nach intensivem Abwägen sprechen wir uns mehrheitlich für Holzmodule aus und unterstützen den Änderungsantrag der glp-Fraktion.

- Wichtig ist uns, dass der Gemeinderat bei der Ausschreibung die Nachhaltigkeit dann auch einfordert, sprich FSC-zertifiziertes Holz verlangen und nach Möglichkeit auf regionale Wertschöpfung achten.

1. Vizepräsidentin Astrid Bärtschi Mosimann (Die Mitte): Wir haben die beiden Varianten studiert. Mit der Mietlösung sind wir vollkommen einverstanden. Die Mitte-Fraktion wird den Änderungsantrag Nr. 1 unterstützen. Wir sind der Ansicht, dass die Variante mit den Holzmodulbauten zu bevorzugen ist. Wie in der Botschaft ausgeführt, ist es die nachhaltigere Lösung, vor allem wenn bei der Ausschreibung die FSC-Zertifizierung verlangt wird. Es steht ja auch in der Botschaft, dass eher von einer regionalen Wertschöpfung ausgegangen werden kann als bei den Metallcontainern, die in Tschechien produziert und bei denen der Rohstoff wahrscheinlich aus Russland kommt.

Beim vorherigen Geschäft Nr. 58 haben wir über eine Gesamtsumme von rund 11 Millionen Franken gesprochen.

Jetzt reden wir über eine Differenz von 75'000 Franken pro Jahr. Wir finden, das ist der falsche Ort, um zu sparen. Nicht nur aus Gründen der Nachhaltigkeit, sondern auch für das Wohlbefinden unserer Schülerinnen und Schüler und den Lehrpersonen. Deshalb unterstützen wir den Änderungsantrag der glp-Fraktion.

Christoph Leiser (FDP): Ich muss heute Abend den "Schmürzeler" vertreten: Die vorangehenden Voten sind bestimmt gut. Ich bin jedoch der Auffassung, dass bei diesem Geschäft gespart werden muss. Immer wieder wird von Seiten Parlament über die knappen finanziellen Ressourcen gejammert. Aber bei jedem Geschäft wählen wir letztendlich die teurere Variante. Den Schülerinnen und Schüler ist es egal, ob sie in einem Holzmodul- oder Metallmodulbau den Unterricht verfolgen können.

Die Schülerinnen und Schüler in der Schule Dennigkofen konnten nicht auswählen, welche Modulbauform zur Anwendung gelangen soll. Meine Kinder gehen dort zur Schule und haben mit dem Modulbau keine Probleme.

→ Wieso müssen wir bei diesem Geschäft mehr Geld ausgeben?

→ Ich persönlich werde der Variante "Metallmodulbau" zustimmen.

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Wir können auch die Variante "Holzmodulbau" umsetzen. Aber Achtung: Das öffentliche Beschaffungswesen muss eingehalten werden, d. h. Schweizer Holz und Schweizer Gewerbe kann nicht versprochen werden.

Wichtig zu wissen ist auch, dass bereits vorgängig Rückmeldungen bei der Lehrerschaft wie auch bei den Schülerinnen und Schüler eingeholt worden sind. Ihnen spielt es absolut keine Rolle, den Unterricht in Holzmodul- oder Metallmodulbau zu verfolgen.

Sollte der Änderungsantrag genehmigt werden, dann muss der Beschluss mit dem Vermerk "das fakultative Referendum" ergänzt werden, da der Ausführungskredit die Limite von 1,5 Mio. Franken übersteigt.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir stimmen über den **Änderungsantrag Nr. 1** der glp-Fraktion ab. Ich verlese diesen nochmals:

3. *Für die Realisierung des Schulraumprovisoriums auf der Schulanlage Mösli wird für die Miete von Holzmodulen ein Kredit von CHF 1'680'000.00 inkl. MWSt. zu Lasten der Erfolgsrechnung (ca. 30 %) und der Investitionsrechnung (ca. 70 %) bewilligt.*
4. *Der Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.*

A b s t i m m u n g

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Der Änderungsantrag wird mit 23 zu 10 Stimmen angenommen.

Schlussabstimmung

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Der Grosse Gemeinderat fasst mit 29 zu 2 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) den folgenden

Beschluss

7. Für die Realisierung des Schulraumprovisoriums auf der Schulanlage Mösli wird für die Miete von Holzmodulen ein Kredit von CHF 1'680'000.00 inkl. MwSt. zu Lasten der Erfolgsrechnung (ca. 30 %) und der Investitionsrechnung (ca. 70 %) bewilligt.
8. Dieser Beschluss unterliegt dem fakultativen Referendum.

10.3.72 Motionen

60. Motion glp-Fraktion betreffend "Pilotprojekt Mobility Pricing in Ostermundigen"; Erheblicherklärung/Ablehnung resp. Umwandlung in ein Postulat

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Die gemeinderätliche Stellungnahme wurde den Parlamentsmitgliedern zugestellt. Zuerst kann sich der Erstunterzeichner der Motion zum Geschäft äussern.

Oliver Tamàs (glp): Wir sind mit der Beantwortung zufrieden. Wir sind erfreut darüber, dass das Begehren beim ASTRA deponiert wurde und Ostermundigen so die Möglichkeit erhält, eventuell an einem Pilotprojekt mitzuwirken. Es ist wichtig, bei einem solchen zukunftsweisenden Projekt von Beginn weg dabei zu sein. Die Wichtigkeit wurde vom Gemeinderat erkannt - besten Dank dafür.

Gerhard Zaugg (SVP): Die SVP-Fraktion wird diese Motion ablehnen. Mit einer Ablehnung der Motion verbaut sich die Gemeinde Ostermundigen nichts. Mit Muri und der Stadt Bern haben bereits zwei Player aus der unmittelbaren Nachbarschaft Projekte angemeldet. Da ist es meines Erachtens nicht zwingend notwendig, dass sich Ostermundigen von Beginn weg an diesem Projekt beteiligt.

Sollte sich im Laufe des Projektes herauskristalisieren, dass sich eine aktive Teilnahme unserer Gemeinde als sinnvoll erweisen könnte, wäre ein Einstieg auch zu einem späteren Zeitpunkt jederzeit problemlos möglich.

→ Sofern zu diesem Zeitpunkt Ostermundigen nicht bereits mit Bern fusioniert worden ist.

Christian Zeyer (SP): Es gibt beim Thema "Mobility Pricing" noch sehr viel zu diskutieren. Es ist noch nicht klar, wie die Projektleitung bestellt wird. Trotzdem ist es sinnvoll, von Anfang an mit dabei zu sein. Wer an einem Spiel nicht teilnimmt, muss am Schluss zur Kenntnis nehmen, was passiert ist. Das ist nicht immer sinnvoll. Aus diesem Grund werden wir die Motion unterstützen.

Departementsvorsteherin Tiefbau und Betriebe Bettina Fredrich (SP): Erlaubt sei mir eine kurze Präzisierung: Mit einer Überweisung der Motion werden wir uns explizit für eine Beteiligung beim Astra stark einsetzen. Zur Zeit sind die Machbarkeitsstudien in Bearbeitung. Wir können nochmals intensiv unsere Interessen einbringen.

→ Es ist wichtig, von Beginn an am überregionalen Projekt mitzumachen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 22 zu 11 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) den folgenden

B e s c h l u s s

Die Motion glp-Fraktion betreffend "Pilotprojekt Mobility Pricing in Ostermundigen" wird begründet und erheblich erklärt.

61. Orientierungen des Gemeinderates

10.3.72 Motionen

a. **Projekt KOBe, Fusionsverhandlungen; Stand der Dinge**

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Herbstpause (sprich Ferienzeit) hat auch das Geschäft begleitet. Zu drei Themen möchte ich auf die Veränderungen seit der September-Sitzung hinweisen:

1. Veranstaltung vom 18. Oktober 2021 in Muri

Wieso wird der Gemeinderat während den Ferien kurzfristig eingeladen? Dies war ein Redaktionsfehler, wofür ich mich entschuldigen möchte.

Es fand ein erster Austausch zwischen der Agglomerationskommission der Stadt Bern und der Begleitgruppe Ostermundigen statt.

2. Teilprojekt "Finanzen"

Die Arbeiten werden im Dezember 2021 in Angriff genommen.

3. Teilprojekt "Personal"

Bereits im November soll dieses Teilprojekt bearbeitet werden. Der Gemeinderat wird durch die Begleitgruppe unterstützt.

10.3.72 Motionen

b. Motion betreffend „Lunch Check Karten“; verspätete Beantwortung

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Beantwortung ist am 2. Dezember 2021 vorgesehen.

10.3.72 Motionen

**c. Motion betreffend für mehr bezahlbaren und gemeinnützigen Wohnraum
in Ostermundigen; verspätete Beantwortung**

Gemeindepräsident Thomas Iten (parteilos): Die Beantwortung ist am 24. Februar 2022
vorgesehen.

10.2.21 Petitionen

d. Petition „Tempo 20 am Unteren Chaletweg“; verspätete Beantwortung

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Die Petition ist per Facebook zustande gekommen. Gemäss Gemeindeordnung ist die Beantwortung innerhalb von sechs Monaten vorzunehmen und der Grosse Gemeinderat ist darüber zu informieren. Die fixfertige Beantwortung liegt zurzeit noch nicht vor. Die Petitionäre wurden über die Verzögerung ins Bild gesetzt. Die Arbeitsgruppe "Temporegime" hat die Arbeiten auf das Projekt "Tram Bern-Ostermundigen" abzustimmen.

10.3.72 Motionen

e. Motion betreffend einen Beitrag leisten zur Linderung der Not in den Lagern für Geflüchtete; Rückmeldungen Bundesrat sowie Regierungsrat

Departementsvorsteherin Öffentliche Sicherheit Aliko Panayides (SVP): Eine Tischaufgabe wurde vorgenommen. Die Antworten von Bundesrat und Regierungsrat liegen vor. Beide Behörden weisen auf die "Kompetenzregelung" sowie die aktuelle, laufende Strategie hin. Das Anliegen wurde positiv entgegengenommen. Es gibt Aufgaben- sowie regionale Zuteilungen. Eine Einzelaufnahme ist im Konzept nicht vorgesehen. Es werden sogenannte "Kollektivunterkünfte mit Reserven" geplant. Der Gemeinderat bleibt am "Ball".

50.6.33 Krankheiten, Epidemien

f. Covid-19; Wiedereinführung der Testungen an der Volksschule; Schreiben an Bildungs- und Kulturdirektion

Departementsvorsteher Bildung, Kultur, Sport Gerardo Grasso (FDP): An der letzten Sitzung wurde ein parlamentarischer Vorstoss zum Thema eingereicht. Der Gemeinderat wird beim Kanton aktiv intervenieren und die Einführung der wöchentlichen Tests verlangen.

Die Antwort der kantonalen Bildungs- und Kulturdirektion liegt vor. Der Kanton ist überzeugt, dass die Vorteile der Ausbruchstestung gegenüber den präventiven und freiwilligen wöchentlichen Testen überwiegen. Die Ausbruchstestung kann vom kantonsärztlichen Dienst angeordnet werden und sind nicht freiwillig. Damit kann verhindert werden, dass nicht testwillige Schülerinnen und Schüler den Virus in die Schule bringen.

→ Der Gemeinderat nimmt die Stellungnahme des Kantons zur Kenntnis. Das Anliegen wurde innerhalb und ausserhalb der Gemeinde Ostermundigen thematisiert (z. B. beim VBG). In anderen bernischen Gemeinden kommt das gleiche Vorgehen wie in Ostermundigen zur Anwendung, d. h. es werden keine freiwilligen Tests mehr angeboten.

10.3.72 Motionen

g. Volksmotion betreffend „Sichere Schulhausplätze in Ostermundigen“ - kein unbefugter motorisierter Individualverkehr zu Unterrichtszeiten; Stand des Geschäftes

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Es geht primär um die Schulanlage Bernstrasse. Eine Polleranlage soll an diesem Standort errichtet werden. Diverse Abklärungen mit den Anstössern (u. a. Metzgerei Wüthrich) sind noch notwendig. Zusammen mit den Schulleitungen und dem Gewerbe sollen allseits befriedigende Lösungen gefunden werden. Die Abteilung Hochbau ist mit dem Erstunterzeichner der Volksmotion in Kontakt. Es darf kein Verkehrschaos generiert werden.

Die Polleranlagen unterliegen zur Zeit einem weltweiten Lieferengpass. Die Umsetzung kann gemäss Lieferanten für anfangs 2022 in Erwägung gezogen werden. Alle Nutzerinnen und Nutzer der Schulhausplätze werden vorgängig umfassend über die Polleranlage informiert.

Persönliche Erklärung

Myriam Zürcher (EVP): Liebe Silvia, Martina und ich möchten dir ein paar persönliche Worte mit auf den Weg geben. Wie wir alle wissen, nimmt Silvia Fels heute Abend zum letzten Mal an einer GGR-Sitzung teil. Sie hat ihre Demission per 31. Oktober 2021 eingereicht. Seit mehr als 11 Jahre bist du im Grossen Gemeinderat tätig gewesen. Im Jahre 2019 bist du an einem ausserordentlichen Sitzungsort im Berner Rathaus als Ratspräsidentin gewählt worden. Du bist an vielen Orten tätig und wirst einen neuen Fusspflegesalon an der Alpenstrasse eröffnen.

Für den neuen Lebensabschnitt wünschen wir dir Silvia viel Erfolg und gutes Gelingen!

Martina Wagner (EVP): Die Gesundheit ist dir Silvia eine Herzensangelegenheit - dazu gehört natürlich auch der Genuss. Aus diesem Grund haben wir dir ein Präsent aus dem "Genuss Lädeli" bereitgestellt.

Vielen Dank Silvia für deine engagierte, politische Arbeit!

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

2. Vizepräsident Hans Rudolf Hausammann (SVP): Ich möchte euch noch die Tischaufgabe resp. Flyer "Nachhaltige Taten statt Worte" wärmstens empfehlen. Kommt alle (zusammen mit euren Kindern) am 6. November 2021 zum ehemaligen Forsthaus am Steinbruchweg 21.

→ Kommt und helft mit, die "Tannli zu setzen!" Eine vorgängige Anmeldung hilft bei der Beschaffung der Verpflegung nach der Arbeit.

- - - - - **A p p l a u s** - - - - -

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Ich verlese die parlamentarischen Neueingänge von heute Abend:

- Dringliche, überparteiliche Motion zur Beschaffung von CO2-Messgeräten für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen
- Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer ständigen Integrationskommission in Ostermundigen
- Überparteiliche Motion betreffend Einführung von Deutschbons für Ausländer:innen in Ostermundigen
- Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer Grundlage für die Einführung eines Ausländerantrages in Ostermundigen
- Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie

10.3.72 Motionen

62. Dringliche, überparteiliche Motion zur Beschaffung von CO₂-Messgeräten für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen; parlamentarischer Neueingang inkl. Begründung und Erheblicherklärung

Wortlaut

- Der Gemeinderat beginnt sofort mit den Bedarfsabklärungen bei Schulleitungen, um die benötigte Anzahl CO₂ Messgeräte zu ermitteln.
- Der Gemeinderat behandelt schnellstmöglich einen Kreditantrag über die Anzahl CO₂ Messgeräte x 150.--.
- Sobald die aktuelle Evaluation abgeschlossen ist, werden die Geräte umgehend beschafft. Falls mehrere CO₂ Messgerät-Modelle beschafft werden, ist mit den Schulleitungen die Zuteilung zu klären (Modell pro Schule oder gemischter Betrieb). Das Ziel muss sein, dass bis Mitte November die ersten Schulzimmer ausgerüstet werden können.
- Im Anschluss sollen dringlich auch andere öffentliche Einrichtungen mit viel Personenverkehr mit CO₂ Messgeräten ausgestattet werden (z. B. Bibliothek, Gemeindeverwaltung etc.)

Begründung

Es ist bekannt, dass CO₂ Messgeräte und die richtige Durchlüftung von Räumen zur Reduktion von infektiösen Partikeln in der Innenraumluft führen. Dies gilt nicht nur für SARS-CoV-2, sondern auch bei Grippe und anderen Viren oder Mikroorganismen.

Dank gezieltem Stosslüften können insbesondere in den kalten Monaten auch erheblich Heizkosten eingespart werden. Hinweise von richtig aufgestellten CO₂ Messgeräten helfen dabei unvoreingenommen und neutral.

Bereits im September war offensichtlich, dass die Schulen mit CO₂ Messgeräten ausgerüstet werden sollen. Die Beschaffung von Testgeräten und die Tests haben sich aus diversen Gründen verzögert. Wenn nun noch länger zugewartet wird, werden Lieferengpässe entstehen, denn andere Gemeinden und Organisationen werden auch solche Geräte beschaffen. Seitdem Hygienemasken-Beschaffungsdebakel des Bundes im Jahr 2020 wissen wir alle, was es heisst, wenn zu lange gewartet und evaluiert wird.

Bezüglich der Anzahl CO₂ Messgeräten wird je nach Standpunkt von 100 bis 200 ausgegangen. Es wurden bereits Verfügbarkeitsabklärungen bei Lieferanten gemacht: Lieferungen bis 100 Geräte pro Woche sind aktuell noch möglich. Es gilt aber das First-come-first-serve Prinzip und jede weitere Verzögerung kann weitere Verzögerungen bewirken. Wir als Gemeinde Ostermundigen müssen JETZT vorwärts machen.

eingereicht GGR 28. Oktober 2021

sig: Jorgo Ananiadis (Piraten), P. Zeyer (SP), E. Selmani (SP), M. Wagner (EVP), M. Kuert (SP), K. Balmer (SP), 1 x unleserlich, M. Zürcher (EVP), C. Zeyer (SP), O. Tams (glp), S. Aeschbacher (SP), M. Falk (SP), 1 x unleserlich

Adrian Tanner (Ratspräsident): Ist der Gemeinderat gewillt, die Dringlichkeit anzunehmen?

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Ich verweise auf Artikel 53 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (GO GGR):

Der Gemeinderat hat

b e s c h l o s s e n :

→ die Dringlichkeit wird bei dieser Motion gewährt.

Begründung

Der Gemeinderat hat die Abklärungen für die Beschaffung der Messgeräte bereits vorgenommen. Die Umsetzung soll schnellstmöglich erfolgen, jedoch nicht bis Mitte November.

Adrian Tanner (Ratspräsident): Die Diskussion resp. Beratung der Motion ist eröffnet.

Jorgo Ananiadis (Piraten): Besten Dank dem Gemeinderat für die Zustimmung zur "Dringlichkeit". Bereits im September 2021 haben wir über die Beschaffung der Messgeräte besprochen. Der Drang ist vorhanden. Mehrere Geräte liegen zur Evaluation vor. Es ist mit Kosten von rund 150 Franken pro Stück zu rechnen. Die Geräte sind mit feinsten Sensoren ausgerüstet und können ebenfalls für statistische Zwecke unter den Klassenzimmern verwendet werden. Die Geräte sind nicht nur für den Winter 2021/2022 wichtig; sie können unter Umständen für zukunftsgerichtete Informationen nützlich verwendet werden.

Rolf Rickenbach (FDP): Gegen solche CO₂-Geräte können wir nicht sein. Aber ich möchte trotzdem noch aus der "Schulstube berichten". Vielleicht ist mein Votum mehr als "Psycho-Hygiene" anstatt Kommentar zu betrachten.

① Der momentane Prozessablauf bei Kindern mit positiven Corona Symptomen

Zuerst werden die Eltern informiert, dass ein positiver Fall in der Schule festgestellt worden ist. Bei einem zweiten positiven Fall werden die Eltern über den zweiten Fall informiert. Beim dritten Fall wiederholt sich das Prozedere; aber jetzt kommt ein Team zum Testen (im Klassenzimmer). Es bleiben alle im Klassenzimmer. Es wird in vier Tagen nochmals getestet. Und so weiter ...

Das ist scheinbar das bessere System als die Massentests.

① CO₂-Messgeräte

Damit sollen die Schulkinder geschützt werden. Wir haben solche Geräte bereits getestet und erfahren, dass pro Lektion das Klassenzimmer zwei Mal gelüftet werden muss. In meiner Schule wurde daraufhin verzichtet, solche Messgeräte anzuschaffen. Zwei Mal Lüften können wir noch ohne Messgeräte.

Fazit

- Das sind die Erkenntnisse des Ganzen.
- Die CO₂-Messgeräte sind nicht der grosse Schutz für die Kinder!

Departementsvorsteherin Hochbau Maya Weber Hadorn (SP): Der Gemeinderat hat die Dringlichkeit gewährt und beantragt dem Parlament, die Motion anzunehmen.

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Ich verlese nochmals den Wortlaut der Motion.

- *Der Gemeinderat beginnt sofort mit den Bedarfsabklärungen bei Schulleitungen, um die benötigte Anzahl CO₂ Messgeräte zu ermitteln.*
- *Der Gemeinderat behandelt schnellstmöglich einen Kreditantrag über die Anzahl CO₂ Messgeräte x 150.--.*
- *Sobald die aktuelle Evaluation abgeschlossen ist, werden die Geräte umgehend beschafft. Falls mehrere CO₂ Messgerät-Modelle beschafft werden, ist mit den Schulleitungen die Zuteilung zu klären (Modell pro Schule oder gemischter Betrieb). Das Ziel muss sein, dass bis Mitte November die ersten Schulzimmer ausgerüstet werden können.*
- *Im Anschluss sollen dringlich auch andere öffentliche Einrichtungen mit viel Personenverkehr mit CO₂ Messgeräten ausgestattet werden (z. B. Bibliothek, Gemeindeverwaltung etc.)*

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 19 zu 7 Stimmen (bei 9 Enthaltungen) den folgenden

B e s c h l u s s :

Die "dringliche Motion zur Beschaffung von CO₂-Messgeräten für Schulen und andere öffentliche Einrichtungen" wird begründet und erheblich erklärt.

10.3.72 Motionen

63. Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer ständigen Integrationskommission in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine ständige Integrationskommission (gemäss Art. 67 GO) zu schaffen und dem Grossen Gemeinderat eine entsprechende Anpassung des Reglements über die ständigen Kommissionen vorzulegen.

Die Integrationskommission erhält mindestens die folgenden Kompetenzen:

9. Die Kommission berät den Gemeinderat in Integrationsfragen. Der Gemeinderat unterbreitet ihr alle Geschäfte von grundsätzlicher Tragweite in diesem Bereich vor seinem Entscheid zur Stellungnahme, soweit diese nicht bereits von einer Abteilung eingeholt wurde.
10. Unterstützung der Abteilungen und Fachstellen bei der Erfüllung von Integrationsaufgaben.
11. Unterstützung der Abteilungen und Fachstellen bei der Förderung eines ausreichenden Informationsflusses zwischen der ausländischen Bevölkerung und der kommunalen Behörden.
12. Förderung des Kontaktes und Austausch zwischen den Fachstellen und den verschiedenen Organisationen und Institutionen, die sich mit Integrationsfragen befassen.
13. Beratung der Gemeindeverwaltung in Integrationsfragen.
14. Abklärung und Formulierung spezifischer Bedürfnisse und Anliegen der ausländischen Bevölkerung gegenüber den jeweils zuständigen Behörden und Amtsstellen.
15. Förderung der Chancengerechtigkeit sowie des gegenseitigen Verständnisses und des Einvernehmens zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft.
16. Die Kommission kann in Erfüllung ihrer Aufgaben den Abteilungen zuhanden des Gemeinderates Anträge stellen.

Begründung

Ungefähr jede dritte Person in Ostermundigen ist nicht Schweizer:in. Obwohl Ostermundigen einen hohen Ausländer:innenanteil hat, gibt es seitens Gemeinde fast keine Bemühungen, diese Menschen in der Gesellschaft besser zu integrieren. Programme wie beispielsweise schrittweise sind überlastet, die Nachfrage ist viel grösser als das Angebot. Im Rahmen eines „runden Tisches“ diskutieren Vertreter:innen von ausländischen Vereinen unverbindlich über die Integration in Ostermundigen. Gemäss Aussagen der Teilnehmenden wurde in der Vergangenheit jedoch hinsichtlich Integration wenig erreicht. Folglich ist es wichtig, dass eine Kommission in Ostermundigen geschaffen wird, welche in Sachen Integration Kompetenzen erhält, die zur Integration von Ausländer:innen tatsächlich beitragen. Nur so kann die Integration von Ausländer:innen verbessert und gewährleistet werden.

eingereicht GGR 28. Oktober 2021

sig: Emsale Selmani (SP), P. Zeyer, S. Aeschbacher, K. Kistler, D. Züllig von Allmen (glp),
K. Balmer, M. Kuert, C. Zeyer, M. Falk, N. Mahler (Grüne), T. Thomann, A. Tanner (Grüne)

10.3.72 Motionen

64. Überparteiliche Motion betreffend Einführung von Deutschbons für Ausländer:innen in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat eine Vorlage für die Einführung von Deutschbons zu unterbreiten, damit auch Ausländer:innen mit einem tiefen Einkommen ihre Deutschkenntnisse vertiefen und damit ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt verbessern können.

Begründung

Die Stadt Bern hilft Menschen in Bern Deutsch zu lernen. Deshalb verschenkt die Stadt Bern jährlich 600 Gutscheine für Deutschkurse. Jeder Gutschein ist 400 Franken wert. Die Nachfrage nach diesen Gutscheinen ist sehr hoch. Bereits nach sehr kurzer Zeit werden die Gutscheine jeweils vergeben. Ostermundigen hingegen kennt keine subventionierten Deutschkurse. Gerade für Menschen mit einem tiefen Einkommen bilden solche Gutscheine ein niederschwelliges Sprachförderungsangebot. Gute Sprachkenntnisse bedeutet bessere Integration und somit bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Der Gemeinderat wird daher beauftragt, dem GGR eine Vorlage zu unterbreiten, um Deutschbons auch in Ostermundigen einzuführen. Ostermundigen hätte auch die Möglichkeit, diese Dienstleistung in der Stadt Bern (Fachstelle für Migrations- und Rassismus Fragen) einzukaufen.

eingereicht GGR 28. Oktober 2021

sig. Emsale Selmani (SP), P. Zeyer, M. Wagner (EVP), N. Mahler (Grüne), M. Zürcher (EVP), S. Aeschbacher, K. Kistler, K. Balmer, M. Kuert, Ch. Zeyer, M. Falk, J. Ananiadis (Piraten), O. Tamas (glp), A. Tanner (Grüne)

10.3.72 Motionen

65. Überparteiliche Motion betreffend Schaffung einer Grundlage für die Einführung eines Ausländerantrages in Ostermundigen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR eine Vorlage zu unterbreiten, damit Ausländer:innen dem Grossen Gemeinderat schriftlich und begründet ein Begehren unterbreiten können. Die Begehren sollten wie ein Vorstoss eines GGR-Mitgliedes behandelt werden. Die erstunterzeichnete Person soll den Vorstoss mündlich an der GGR-Sitzung begründen können.

Begründung

In Ostermundigen leben rund 30 % Ausländer:innen (Stand 2020). Als Teil unserer Gesellschaft arbeiten sie, bezahlen ihre Steuern und nehmen am gesellschaftlichen Alltag teil. Sie tragen somit wesentlich zum Wohlstand unserer Gemeinde bei. Nichtsdestotrotz werden sie von der politischen Partizipation auf kommunaler Ebene ausgeschlossen.

Die politische Integration wird in mehreren Kantonen unterstützt, indem für Ausländer:innen das Stimm- und Wahlrecht auf kommunaler bzw. kantonaler Ebene eingeführt wurde. Der Kanton Bern hat von dieser Möglichkeit abgesehen. Die Stadt Burgdorf hat im Februar 2008 ein Antragsrecht für Ausländer:innen im Parlament der Gemeinde eingeführt. Für einen Antrag braucht es die Unterschriften von mindestens 30 Personen mit Niederlassungs- bzw. Aufenthaltsbewilligung. Ein solcher Antrag wird im Parlament wie ein Antrag eines Ratsmitglieds behandelt.

Ziel dieser Motion ist, eine institutionelle politische Mitwirkungsmöglichkeit für Ausländer:innen zu schaffen, die jedoch kein eigentliches politisches Mitbestimmungsrecht darstellt. Dieses Instrument führt dazu, dass die tatsächliche Integration der ausländischen Wohnbevölkerung und die Mitwirkung von Ausländer:innen in kommunale Belange gefördert wird. Nebst dem Antragsrecht sollten die Ausländer:innen ihr Begehren direkt vor dem GGR vertreten können, analog Art. 50 Abs. 3 GO GGR.

eingereicht GGR 28. Oktober 2021

sig. Emsale Selmani (SP), P. Zeyer, A. Bärtschi (Die Mitte), S. Löhner (Die Mitte), K. Kistler, S. Aeschbacher, D. Züllig von Allmen (glp), K. Balmer, M. Kuert, C. Zeyer, M. Falk, J. Ananiadis (Piraten), D. Feller (FDP), O. Tamas (glp), N. Mahler (Grüne), A. Tanner (Grüne)

10.3.74 Interpellationen

66. Überparteiliche Interpellation betreffend Plausibilisierungsfragen zur Finanzstrategie; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Die Finanzstrategie der Gemeinde Ostermundigen ist ein umfangreiches Werk welches nachzuweisen versucht, dass die Finanzen von Ostermundigen im Jahrzehnt zwischen 2020 und 2030 stabil gehalten werden können und der Ausblick deutlich besser ist als bisher angenommen wurde. Sie basiert jedoch auf einigen Annahmen, die nicht transparent offengelegt wurden und zu denen sich Fragen ergeben, zu denen wir Antworten erbeten.

Die positive Entwicklung der Finanzierung basiert zu einem wesentlichen Teil auf der Annahme, dass das weitere Wachstum die Finanzsituation verbessern kann. Die Erfahrungen diesbezüglich sind auch in der Gemeinde Ostermundigen zwiespältig. Insbesondere hat die Binnenmigration in der Gemeinde dazu geführt, dass viele Bewohner in der Gemeinde in Neubauwohnungen umgezogen sind, während die Wohnungen, in denen sie bisher gewohnt haben, an Personen weitergingen, die effektiv über ein tieferes Steuersubstrat verfügen.

Das Weiteren führt Bevölkerungswachstum zu steigender Nachfrage nach Infrastruktur und löst damit Investitionen aus. Deshalb kann selten ein Gewinn aus dem Wachstum erwirtschaftet wird. Dies hat exemplarisch auch der Bund in seiner Ausgabe vom 25. Oktober für verschiedene Berner Gemeinden dargestellt. Die gleichen Erfahrungen hat Ostermundigen in der Vergangenheit auch gemacht.

Die Gemeinde Ostermundigen verstärkt diesen Effekt zusätzlich, in dem sie einen Faktor von 0.75 einführt, mit dem die Investitionen in Zukunft in die Finanzplanung einbezogen werden sollen. Dadurch wird der Investitionsbedarf noch deutlicher unterschätzt. In einer Mail von 20.10. an den Gemeindepräsidenten und die zwei Gemeinderäte, in deren Department die meisten Investitionen abgewickelt werden, hat Christian Zeyer, Mitglied des GGR, dieses Vorgehen in Frage gestellt.

Ausserdem fällt auf, dass die Finanzierungsstrategie darauf basiert, mit aufgeblähten Spezialfinanzierungen das Defizit im allgemeinen Haushalt zu verschleiern. Da Gelder aus den Spezialfinanzierungen nicht aus diesen heraus transferiert werden dürfen ist dieses Vorgehen fragwürdig,

Insgesamt steht die Finanzstrategie daher auf sehr wackligen Füßen.

Fragen

Aufgrund der oben gemachten Überlegungen stellen wir folgende Fragen, zu denen wir den Gemeinderat bitten, uns zahlenbelegte Antworten zu geben.

Mit Bezug auf die Bevölkerungsentwicklung und die Infrastrukturen

17. Wie genau hat der Gemeinderat berechnet, dass die Steuereinnahmen aufgrund der Zunahme der Wohnbevölkerung in Ostermundigen zu nehmen?
18. Wie hat er dabei die Binnenmigration mit einbezogen?
19. Wie vergleichen sich diese angenommenen Entwicklungen mit den Erfahrungen aus dem letzten Wachstumsschub in den letzten zehn Jahren?

5. Sitzung des Grossen Gemeinderates vom 28. Oktober 2021

20. Wie wurden die zu Erwartenden zusätzlichen Infrastrukturen und deren Kosten in die Kalkulation mit einbezogen? Insbesondere: Wurde das Schulraumkonzept an gestiegene Bevölkerungszahl angepasst und die notwendigen Infrastrukturen in die Planung mit einbezogen?

Mit Bezug auf den Reduktionsfaktor von 0.75, der in der Investitionsrechnung eingeführt wurde:

21. Wie viele und welche Investitionen wurden in den letzten 20 Jahren (aufgegliedert nach den neuen Prioritätskategorien)
- in der Finanzplanung aufgeführt und nicht ausgeführt
 - im Budget aufgeführt und nicht im gleichen Jahr getätigt. Welche dieser Investitionen wurden aus dem Investitionsprogramm gestrichen?
22. Wie summieren sich diese Investitionen auf und wie viele Investitionen nach Kategorie wurden effektiv nicht ausgeführt?
23. Welche Sensitivität ergibt sich, wenn der Faktor 0.75 in der Finanzstrategie zwischen 0.75 und 1 variiert wird?

Mit Bezug auf die Spezialfinanzierungen:

24. Wie will der GR Überschüsse aus der Spezialfinanzierung ohne Verletzung der Regeln in den allgemeinen Haushalt transferieren.
25. Falls er dies nicht will und daher die Überschüsse in den Spezialfinanzierungen irgendwann über reduzierte Gebühren oder grosse Investitionen ausgeglichen werden müssen: Wäre es dann nicht sinnvoller, die Nettoschuld des allgemeinen Haushaltes als Kennziffer zu verwenden?
26. Welche Massnahmen plant der GR, um den allgemeinen Haushalt ins Lot zu bringen?

eingereicht GGR 28. Oktober 2021

- sig. Christian Zeyer (SP), M. Falk, E. Selmani, K. Kistler, M. Kuert, K. Balmer, S. Aeschbacher, R. Rickenbach (FDP), Ch. Leiser, D. Feller, H. Wipfli (SVP), H.P. Friedli, 1 x unleserlich, Y. Buchter, O. Tamas (glp), D. Züllig von Allmen, P. Zeyer (SP), M. Wagner (EVP), M. Zürcher (EVP), T. Thomann (SP), N. Mahler (Grüne)

10.3.01 Allgemeines

h. Pendenzenliste des Grossen Gemeinderates

① Stand Ende Oktober 2021

o = offen, e = erledigt, ne = *offen, sollte erledigt sein*

Ax #	Titel	Start	Ende	Zu- stän- dig	Kommentar	St at us
2103	<i>Verwaltungsbericht 2015: Motion betr. Kinderschutz durch Verkehrssicherheit bei der Schule Rüti</i>	<i>25.08.16 18.05.17 28.06.18 27.06.19</i>	<i>31.05.17</i>	<i>ÖS</i>	<i>Abschreibung abgelehnt</i>	<i>ne</i>
2545	Schulraumplanung; Ge- samtprojektplan; Geneh- migung	20.02.20	30.11.21	HB/ BKS	am 28.10.2021 in GGR	e
2719	Ortsplanungsrevision: O'mundo	15.12.16 03.05.18 06.05.21	31.12.21	PRA	Raumentwicklungswegwei- ser 2025+ (siehe auch www.omundo.ch) am 6.5.21 genehmigt. Kreditabrech- nung ausstehend	o
3527	Informations- + Koordi- nationsstelle 60+	27.06.19	31.08.22	SOZ	Ergebnisse der Projektevalu- ation abgeben	o
988	Protokoll Nr. 4 der GGR- Sitzung vom 17.9.2020; Genehmigung	17.12.20	31.12.22	PRA	Nur noch ein "Beschlusspro- tokoll" verfassen. Alle Voten als MP3-Datei aufschalten (rechtliche Anpassungen vornehmen!)	o

K e n n t n i s n a h m e

Ratspräsident Adrian Tanner (Grüne): Wir sind am Schluss der Sitzung angekommen. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass die **Sitzung vom 2. Dezember 2021 bereits um 17.00 Uhr** beginnt.

GROSSER GEMEINDERAT (GGR) OSTERMUNDIGEN

Der Präsident:

Der Ratssekretär:

Adrian Tanner

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Thulani Thomann

Markus Truog